

Volkstribüne.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 867 der Zeitungspreisliste für das Jahr 1889.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4spaltige Petit-Zeile ober deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Speditoren:
„Mercur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 4.

Sonnabend, den 26. Januar 1889.

III. Jahrgang.

Die Lehrlingsfrage und die Ueberfüllung der Gewerbe. — Die Landarbeit Ost- und Westpreußens. — Die Konkurrenz der ausländischen Arbeit und das italienische Proletariat. II. — Die Entwicklung der Schuhmacherei. — Die Einwanderung in Amerika. — Die deutsche Kolonialpolitik.

Novelle. — Rentier Klinkmüller. Ein Berliner Bild. — Die Nähmaschine und die Gesundheit der Arbeiterinnen. II. — Zentralisation oder lokale Organisationen? — Aus dem Reichstage.

Zur Beachtung!

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

In den letzten Jahren hat sich in Deutschland eine reiche Arbeiterliteratur entwickelt, welche von der geistigen Regsamkeit und dem Bildungstrieb der Massen das erfreulichste Zeugnis ablegt.

Diese Literatur hat sich jedoch — im Gegensatz zum Sozialistengesetz nicht anders sein konnte — zunächst allgemeineren wissenschaftlichen Stoffen zuwenden; vorläufig unterbleiben mußte hingegen die Behandlung brennender wirtschaftlicher und politischer Tagesfragen, der Fragen, welche die Parlamente und die Organisationen des Proletariates — die Fachvereine, die Arbeiterkassen, die ausländischen Gewerkschaften — beschäftigen.

Hier sucht die Berliner Arbeiterbibliothek

eine vielfach empfundene Lücke auszufüllen. Alle Gegenstände, welche für die Gesetzgebung, die Presse, die öffentliche Meinung, die Gewerkschaften, für die öffentlich rührigen Arbeiterkreise überhaupt von Bedeutung sind, sollen in allgemeinverständlich Darstellung in Broschürenform von unserem Standpunkte aus beleuchtet werden.

Im Allgemeinen gedenken wir jeden Monat ein zwei Bogen (32 Seiten) starkes Heft zum Preise von 15 Pf. herauszugeben.

Das Unternehmen dient keinerlei privaten Interessen, sondern jeder etwaige Ueberschuss lediglich der Erweiterung und Vervollständigung unseres Planes. Wir werden einige bekannte Berliner Parteigenossen bitten, die Kontrolle zu übernehmen, und deren Namen baldigst veröffentlichen.

An alle Arbeiter Deutschlands aber richten wir die Bitte, überall für die Verbreitung der „Berliner Arbeiterbibliothek“ energisch einzutreten, damit unser Zweck:

die politisch-wirtschaftliche Aufklärung der Massen möglichst umfassend erreicht wird.

Die ersten Hefte werden enthalten:

1. Ein sozialistischer Roman.
2. Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart.
3. Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung.
4. Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Stellung der Parteien.
5. Die Sozialreform der Regierung.
6. Die französische Arbeiterbewegung, ihre Entwicklung und ihre Führer.
7. Ein Leitfaden zum Vereins- und Versammlungsrecht der Arbeiter.
8. Die Finanzentwicklung und der drohende Bankrott unserer Großstaaten.
9. Die Handwerker- und Innungsbewegung.

An Kolporteurs, sowie bei Bestellung von mehr als zehn Exemplaren liefern wir das Heft zu 10 Pf. Recht zahlreichen Bestellungen entgegensehend

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.
Berlin S. O., Oranienstraße 23.

Heft 1: Ein sozialistischer Roman — ist soeben erschienen.
Heft 2: Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage — gelangt Sonnabend den 23. Februar zur Ausgabe.

Die Lehrlingsfrage und die Ueberfüllung der Gewerbe.

Was soll mein Junge lernen, wenn er zu Ostern die Schule verläßt? — Diese Frage legt sich gegenwärtig wohl mancher Vater vor, und je ernster er es mit der Zukunft seines Sohnes nimmt, desto unentschlossener wird er von Tag zu Tag.

Spricht er mit einem Buchdrucker — natürlich mit einem Arbeiter, denn die Prinzipale können nie genug Lehrlinge bekommen — so hört er nur Warnungen: die Stellenlosigkeit der Erwachsenen nehme von Jahr zu Jahr zu, am Ende der langen Lehrzeit erwarte den Ausgelernten nichts wie Noth und Sorge. Der Vater wendet sich nun um Rath an einen Bäcker, aber da klingt ihm dieselbe Klage noch viel beweglicher entgegen: entsetzliche Ausnutzung der jungen Burschen und dann — die Wanderstraße, die Erlenzlosigkeit. Der Vater wird ängstlich, er klopft überall an, in allen Berufen forscht er nach, was dem ausgeleiteten Arbeiter für ein Schicksal beschieden sei und überall warnt man ihn, seinen Sohn dem fraglichen Berufe zuzuwenden.

So hat Handwerler also doch keinen goldenen Boden. Längst der Lehrling — er wagt nun wieder er sich an Ladengehilfen, an Komptoirarbeiter, um von besseren Aussichten zu hören. Vergebens! Auch hier lautet die Antwort, daß in allen diesen Zweigen der Thätigkeit die alte Sicherheit der Existenz längst aufgehört habe und daß hier der Kampf um die Existenz, um Brot und Stellung mit furchtbarer Heftigkeit wüthe.

Der Alte schüttelt den Kopf und glaubt zunächst, seine Gewährleute hätten übertrieben. Aber da nimmt er die Arbeiterblätter zur Hand, und da findet er es zahlenmäßig nachgewiesen, wieviel Hunderte und Tausende Arbeitsloser jedes Gewerbe birgt, wie die Verzweifellenden den Lohn immer tiefer herabdrücken. Die Zahlen lassen keinen Zweifel mehr — wo soll er nun den Sohn unterbringen? Was soll er thun? Er grübelt und grübelt, aber er findet keinen rettenden Ausweg und schließlich giebt er seinen Jungen auf gut Glück irgend einem Meister, in der Hoffnung, daß es in diesem Gewerbe doch vielleicht einmal besser wird.

Aber von allein wird es nicht besser und es fragt sich nur, was denn die Arbeiter gegen einen derartigen unerträglichem Zustand thun können — denn den Unternehmern ist die Ueberfüllung der Berufe gleichgültig, wenn nicht gar angenehm.

Zunächst ist wohl klar, daß das gegenseitige Warnen der Gewerke, gerade ihnen Lehrlinge zuzuwenden, im Großen und Ganzen gar nichts hilft. Halten sich die Buchdrucker durch allerlei Aufrufe den Neuzuwachs von Arbeitskräften vom Halbe, so streben umso mehr junge Leute den anderen Berufen zu und verschlimmern dort die Lage der Arbeiter. Es mag ja vorkommen, daß einzelne Gewerbezweige ganz besonders überfüllt sind, und diesen mag man gewiß jede Entlastung gönnen. Die meisten Berufe leiden aber in gleicher Weise an Ueberfüllung, und eine kleine Verringerung durch Beschränkung des Lehrlingszuwachses auf der einen Seite bedeutet also nur eine Verschlimmerung auf der anderen Seite. Jedes Gewerbe ist sich natürlich selbst am nächsten und die Warnungen werden daher niemals ganz zu unterdrücken sein. Aber selbst bei solchen Warnungen sollte man sich immer bewußt bleiben, daß sie auf die Dauer nichts fruchten, ja daß sie oft sogar den Arbeitsbrüdern in den anderen Gewerken schaden.

So sollen wir also alles gehen lassen, wie es geht? — fragt da unwillig mancher unserer Leser. Wir sollen die Hände in den Schooß legen, während das Unheil schnell an uns heranschreitet?

Nein, erwidern wir darauf, die Hände sollen gerührt werden, aber an der rechten Stelle, wo auf Erfolg zu hoffen ist.

Der Bevölkerungszuwachs und der nothwendig daraus folgende Zustrom von Lehrlingen — die sind es nicht, welche die Arbeitsverhältnisse zerrütten. Nein, gerade die

älteren Kollegen sind es, welche sich nicht mit organisiren, welche es durch ihr Fernbleiben von den Organisationen verhindern, daß die Arbeitszeit beschränkt, daß der Lohn tarifmäßig gezahlt wird. Solange als wir die der Schule entwichenen Knaben nicht umbringen wollen, muß sich jedes Gewerbe einen gewissen Zuwachs von Lehrlingen gefallen lassen. Aber um so dringender ist dafür zu sorgen, daß dann später durch Verkürzung der Arbeitszeit auch die Nachfrage nach Arbeitskräften vermehrt wird, daß durch strikte Durchführung des Lohn-tarifs, durch straffe gewerkschaftliche Organisation der Konkurrenz unter den Arbeitern und damit dem Lohndruck Grenzen gezogen werden.

Die Lehrlingsfrage ist also eine Frage der gewerkschaftlichen Organisation. Ist ein Gewerbe gut organisiert, so werden die Lehrlinge, wenn sie herangewachsen sind, durch Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes am ehesten Unterkunft finden und am wenigsten Schaden anrichten. Ist das Gewerbe aber nicht organisiert, dann kann man auf ein oder zwei Jahre vielleicht die Lehrlinge durch Warnungen und Aufrufe „abgraulen“, aber dann schadet man nur anderen Gewerken, und wenn endlich der Kampf erfolgt, dann wird der Kampf um Lohn und Stellung ein um so erbitterter, die Lage des Gewerbes eine um so verzweifeltere.

Wer daher dem jungen Nachwuchs der Bevölkerung, wer seinen Kindern eine bessere Zukunft verschaffen will, der schließe sich unseren Organisationen an!

Freilich — das wollen wir auch hier im Auge behalten! — die Organisation, die Gewerkschaft ist noch lange nicht alles, aber sie ist die Vorstufe zu allen weiteren Bestrebungen, sie ist das Sprungbrett, von dem aus wir uns zu höheren Erfolgen emporzuschwingen!

Die Landarbeiterbevölkerung in den Provinzen Ost- und Westpreußen.

(Von einem Ostpreußen.)

I.

Nicht allein bei dem Namen „Hinterpommern“ hebt sich die Brust jedes echten und rechten preussischen Junkers höher und leuchten seine Augen heller; es giebt noch einen anderen Landestheil Preußens, für den dasselbe der Fall ist, in dem sich trotz aller Kultur und Zivilisation Zustände erhalten haben, die nur zu sehr an den mittelalterlichen Feudalstaat, der sich hier noch ein recht warmes Nestchen erhalten hat, erinnern. Wir meinen die beiden Provinzen „Ost- und Westpreußen“, von denen wir dem Leser ein Bild von dem Leben der arbeitenden Landbevölkerung in wenigen Zügen vorführen wollen.

Auf allen ländlichen Besitzungen in beiden Provinzen werden die darauf vorkommenden Arbeiten durch Instleute und Knechte verrichtet, welche sich den Besitzern und Pächtern der Güter (und zwar meistens auf ein Jahr mit drei- oder sechsmonatlicher Kündigungsfrist) vermietet haben.

Als Lohn erhalten die Instleute neben einigen Naturalien einen Tagelohn, der bei einem erwachsenen Manne sich auf durchschnittlich 0,50 Mk., bei einer Frau auf 0,30 Mk. und bei einer Magd oder einem Jungen auf 0,20 Mk. stellt. Die Knechte dagegen, die meistens unverheirathet sind, bekommen neben freier Kost einen Lohn in baarem Gelde, der meistens 75 Mk. und nur in sehr wenigen Fällen 100 Mk. für das Jahr beträgt. Nur unter besonders günstigen Umständen reicht dieser Lohn aus zur Befriedigung der allernothwendigsten Bedürfnisse; er reicht hierzu nicht, wenn die Kartoffeln misrathen, wenn der Erdrusch*) nicht über den Durchschnitt geht, wenn durch Krankheit der Verdienst vermindert wird.

Auf einzelnen Gütern — man kann ohne zu übertreiben, behaupten, auf den meisten — kommen die Arbeiter auch in den fruchtbarsten Jahren aus der Noth und der Hungerleiberei nicht heraus. Denn viel kommt

*) Der Körnerertrag beim Dreschen.

darauf an, wie der Lohn gegeben wird. In der Regel erhalten die Leute als Deputat Roggen, wovon nur ein Drittel gut ist; zwei Drittel desselben sind sogenanntes Brotkorn, leichter, kleinfröner, mit Weizen, Kade, besonders mit Trespe und manchmal noch mit Gerste und schlechten Erbsen gemengter Roggen — eine Sorte, die gar nicht verkäuflich ist und höchstens als Schweinefutter auf den Markt gebracht werden kann. Kluge Landwirthe verkaufen möglichst frühzeitig ihr gutes Getreide, und wenn die Speicher leer, bedauern sie, ihren Leuten nur das oben näher beschriebene Brotkorn geben zu können.

Ein Hauptstück für den ländlichen Arbeiter ist eine Kuh; ohne Milch und Butter kann weder er noch seine Familie existiren, zumal in der Zeit von Ostern bis zum Herbst, wenn auf seinen Tisch fast niemals oder nur in äußerst seltenen, vereinzelt Fällen Fleisch kommt. Eine „herrschastliche“ Kuh giebt im Durchschnitt täglich 8 bis 12 Liter Milch, denn sie hat im Winter gutes Futter nebst Streu und im Sommer die beste und reichlichste Weide; die Kuh des armen Instmannes vermag kaum 3—4 Liter zu geben, denn sie wird im Winter nur dürftig gefüttert und im Sommer ist die schlechteste, magerste Weide für sie gut genug. Es ist dem Herrn Besitzer auch sehr gleichgültig, wenn diese schlechteste, magerste Weide so weit vom Gute entfernt liegt, daß es den Frauen, da auch sie im „Herrendienst“ arbeiten müssen, zur Unmöglichkeit wird, zum Melken hinausgehen zu können; dann verlieren sie, wenn auch nicht Alles, so doch einen großen Theil der Milch, was dem „Herrn“ natürlich keinen Schaden thut.

Die Infileute bekommen laut Kontrakt Brennmaterial frei angefahren. Ist's Torf, so müssen sie sich selbst denselben erst im Bruch zubereiten, d. h. sie müssen sich denselben selbst stechen, zum Trodnen auf- und umlegen u. s. w., was, wie jeder Einsichtige einräumen muß, eine über mehrere Wochen sich hinziehende Arbeit verursacht. Ist's Holz, dann werden den Leuten die im Walde umherliegenden Aeste, Spähne und Zapfen überlassen, ferner die Stubben, welche sie sich selbst ausröden müssen, womit sie gleichzeitig dem klugen Herrn den abgeschlagenen Waldtheil für die weitere Kultur klar, d. h. nutzbar machen.

Die ebenfalls kontraktliche „freie Bestellung“ des Gartens und Ackers für Kartoffeln und Flachs beschränkt sich auf die Erlaubniß, die notwendigen Arbeiten verrichten und hierzu, so weit es unerlässlich, das herrschastliche Vieh und Ackergeräth benutzen zu dürfen. Diese und alle anderen Arbeiten für den Unterhalt dürfen, — da die Leute die ganze Woche hindurch, Tag für Tag zum Scharwerk gehen, d. h. für den „Herrn“ arbeiten müssen — nur an Sonntagen und auch nur dann vorgenommen werden, wenn für den „Herrn“ nichts Dringendes zu thun ist. Damit wird den Leuten jeder Aussettag genommen.

Der Lohn, Geld und Getreide, wird auf den meisten Gütern am ersten jeden Monats — gewöhnlich am ersten Sonntage desselben — gezahlt bzw. verabfolgt. Der Herr giebt oder läßt geben immer nur so viel, als ihm beliebt; das empfangene Geld z. B. reicht sehr häufig kaum zum Salz und dem zum Schmalzen der Speifen notwendigen Fett. Am Schlusse des Kontraktjahres, wenn die große Abrechnung gehalten wird, erhalten die armen Leute fast regelmäßig bedeutend weniger, als sie zu erhalten gehofft haben. Es kommen dann Strafgebühren, (die der Herr nach seiner Willkür und zu seinem Vortheil einzieht) zum Vorschein, von denen sie in der Regel und nur allzu oft nichts wissen, es werden ihnen Abzüge gemacht für Abgaben, die sie nicht kennen.

Die Arbeit dauert für die Männer und Scharwerker im Sommer 16 bis 17 Stunden, mit im Ganzen etwa 2 Stunden Pause; von Ende August bis Mitte Mai ist die Arbeitszeit, die auf fast allen Gütern ziemlich regelmäßig vom Aufgang bis zum Untergang der Sonne dauert, kürzer, und dann wird nur eine einstündige Pause gestattet. Von der Arbeit entlassen werden sie im ganzen Jahr nur einmal und zwar zum Beichttag, wofür von vielen Gutsbesitzern den Leuten 1,00 M. als Entschädigung für den ihnen dadurch verlorenen Arbeitsertrag in Abzug gebracht wird, außerdem auch manchmal zu den in der Kreisstadt stattfindenden Jahrmärkten. Weihnachten, Neujahr, Ostern und Pfingsten sind die einzigen Festtage der Arbeiter sowohl in Ost- als in Westpreußen; Kirchweihen sind hier unbekannt, und das früher allgemein übliche Entsest (an einem Sonntage) hat man auf den meisten Gütern den Arbeitern abgewöhnt.

Das vielgerühmte „patriarchalische“ Verhältnis zwischen den Herrschaften und den Arbeitern ist wohl immer nur eine Sage gewesen. Noch ist der Glaube unerschüttert, daß die Herrschaften eine viel höher stehende, gewissermaßen gottbegnadete Gattung von Menschen seien gegenüber den Arbeitern. Ist der Herr adlig, so muß jedes Familienmitglied mit dem Worte „gnädig“ angeredet werden; ist er „nur“ bürgerlich, so heißt alles „hochgeehrt“ und, wenn das Besitztum klein, „geehrt“. Wenn die Arbeiter, namentlich die Frauen, einer gnädigen oder hochgeehrten Herrschaft nahe kommen, wagen sie nicht zu unterlassen, zum Zeichen ihrer Ergebenheit derselben mit einer tiefen Reverenz die Hand zu küssen. Dagegen werden von den „gnädigen“ und „hochgeehrten“ Herrschaften die lebigen Arbeiter mit „Du“, die verheirateten Männer mit „Er“ und die Frauen mit „Sie“ (in der dritten Person) angeredet; auf manchen Gütern wird alles durch die Bank gebuzt; Kämmerer, Handwerker u. dergl. erhalten gewöhnlich das Prädikat „Ihr“. Wenn die gnädigen und hochgeehrten Herrschaften zu dritten Personen von ihren Arbeitern sprechen, werden diese im feinen Styl

gewöhnlich „Leute“ oder „Menschen“, sonst auch „Volk“, „Paß“, häufig sogar „Bande“, „Kanaille“ und die Männer am häufigsten „Kerle“ genannt.

Es ist noch gar nicht lange her, da durften die Arbeiter noch über ein Bund Stroh gestreckt und gehauen werden. Jetzt hat der Gutsbesitzer hierzu kein Recht, aber ein paar tüchtige Maulschellen oder ein paar gelegentliche Hiebe mit der Reitpeitsche, dem Stod oder Kanttschu an Frauen, Mädchen und die jüngeren Knechte verabfolgt, kommen als eine Bagatelle nicht weiter in Betracht und wird dies öfter zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des nöthigen Gehorsams als unbedingt notwendig erachtet.

Um das leibliche und geistige Wohl ihrer Arbeiter kümmern die meisten Gutsbesitzer sich entweder gar nicht oder gerade nur so weit, als sie müssen. Die schlechtesten Schulen findet man auf den großen Gütern, hier wachsen oft ganze Generationen ohne irgend welchen Schulunterricht auf. Ist eine Schule vorhanden, so werden die Kinder frei gelassen, wenn sie der „Herr“ zum Hüten, Zäen und anderen Feldarbeiten, zum Handlangen auf den Bauplätzen, zu den Treibjagden in den verschneiten Forsten u. s. w. verlangt, und wehe dem Schulmeister — den übrigens der „gnädige“ oder „hochgeehrte“ Herr nicht viel besser als seine „Leute“ behandelt — der Einspruch gegen solche Schulverräumnisse erhebt oder gar den Ruch hat, die Schulkinder zur Verrichtung von dergleichen Arbeiten dem Herrn zu verweigern. Den Erwachsenen wird keine geistige Anregung und Beschäftigung, wenn sie nicht im Interesse der Herren liegt, gegönnt. Sie sollen arbeiten, nicht aber lesen und sich unterrichten und aufklären; das sollen, das dürfen sie nicht; wohl aber sollen sie blindlings gleich Maschinen gehorchen, aber um's Himmels willen nicht denken.

Die Konkurrenz der ausländischen Arbeiter und die Lage des italienischen Proletariats.

II.

3 Jahrhunderte lang von einheimischen und fremden Herrschern und einer nicht minder herrschastlichen Oligarchie politisch entmündigt und finanziell ausgeraubt, war das italienische Volk seit langem einer Armuth verfallen, welche sich in schneidendem Gegensatz von dem Reichthum der umgebenden Natur abhebt.

Oberflächlich urtheilende Historiker setzen diese Armuth auf Rechnung der natürlichen Mitte, des aus der Südländischen, äppig und erschlassenden Natur folgenden Gangs zum doles far niente (zum süßen Nichtsthum), anstatt ihre Ursache in der künstlichen Mitte, in den sozialpolitischen Zuständen zu suchen. Wozu sich unter einem glühenden Himmel Tag aus Tag ein abradern, wenn Fürst und Fürstin jederzeit nach Belieben, kraft irgend eines unverständlichen Gesetzes oder Rechtes, die Früchte der Arbeit beanspruchen können? Wo Nichts ist, hat bekanntlich auch der Kaiser sein Recht verloren. Dieser Schlußfolgerung entsprechend lebte das italienische Volk in der Regel erbärmlich, aber es richtete sich auch nicht durch übermäßige Arbeit zu Grunde. Die Anforderungen, welche es an das Leben stellte, waren niedrig genug, aber es kannte nicht die Verkümmern und Entartung ganzer Bevölkerungsschichten durch den Industrialismus. Es erwarb kein Eigenthum, aber es bewahrte, soweit dies möglich, das Eigenthumsrecht über die eigene Person.

Das Aufstehen der Kapitalisten hat dies geändert. Hatten Kaiser und Könige die Sache genommen, so nahm der Kapitalist die Person, er machte diese, indem er sie an die Maschine fesselte, zur Sache, zur Waare, die er kauft und konsumirt, um deren nicht gebrauchten Theil mit anderen Produktionsabfällen zusammen verächtlich bei Seite zu werfen — auf den Reichthausen, wie Fürst Bismarck sagen würde.

Das italienische Bürgerthum der großen Kaufleute von Genua, Venedig und Mailand war ganz dazu beanlagt und vorbereitet, sich zu einer Kapitalistenklasse par excellence herauszubilden. Sein Kampf gegen die aristokratische und klerikale Oberherrschaft war um so leichter, als es an den Heeren der französischen Republik, welche „in ihrem Banner die Freiheit über Europa trugen“, Bundesgenossen fand, als sich die bürgerlichen Emanzipationsbestrebungen vielfach mit dem Kampf gegen die Fremdherrschaft verquideten, sich mit nationalen und demokratischen Farben schmückten und an das populäre und revolutionäre Element appelliren konnten. Wenn sich die Entscheidung in die Länge zog, so kam dies daher, daß Italien industriell noch nicht genug entwickelt war, so daß die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse noch nicht die alten gesellschaftlichen Formen zu sprengen vermochten.

Die italienische Bourgeoisie nützte die Zeiten des noch nicht offen lodern den Kampfes zur Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete aus. Sowie aber die moderne Industrie in Italien festen Fuß gefaßt hat, hebt auch der Emanzipationskampf der italienischen Bourgeoisie in Gestalt des Ringens um die nationale Selbständigkeit und Einheit mit erneuter Stärke an, um die Fesseln zu sprengen, welche das in Kraft stehende trähwinklige politische System der neuen Entwicklung gelegt. Die schließliche Herstellung der italienischen Einheit unter dem Schilde einer konstitutionellen Monarchie bezeichnet, wie die Wiederaufrichtung des deutschen Reiches, den Triumph der kapitalistischen Bourgeoisie, deren Lebensinteressen eine Zerstückelung des Landes schnurstracks zuwiderlieft. Wie in Deutschland, hatte auch in Italien die Bourgeoisie vom Volk die Kastanien aus dem Feuer holen, das schwerste Stück Arbeit von der demokratisch-republikanischen Bewegung

leisten lassen. Sie selbst geberdete sich gewaltig „liberal“ — bis nach dem Siege, wo sie die wirklich revolutionär gebliebenen Elemente mit Fußstritten lohnte, die sich ihr reumüthig in die Arme werfenden „Volksmänner“ dagegen zu „Staatsmännern“ erhob. Wie der rothe Becker, Miquel und andere achtundvierziger Gesinnungsgenossen, so haben auch Crispi und die anderen Wortführer des italienischen Radikalismus ihren Weg nach Damaskus gefunden.

Die unter der Firma des Hauses Savoyen regierende Großbourgeoisie nutzte die Zeit ihrer Herrschaft gründlich aus. Das Geschäft wird ihr sowohl durch die Dankbarkeit des emporgetragenen Fürstengeschlechtes, wie durch die niedrige, vom Absolutismus als Erbe zurückgelassene Lebenshaltung des italienischen Volks beträchtlich erleichtert. Genährung der vollsten industriellen „Freiheit“ und billiges Maschinenfutter die Hülle und Fülle — Kapitalistenherz, was willst du mehr? Keine Spur einer gotteslästerlichen Arbeiterschutzgesetzgebung steht dir im Wege, und die „Hände“ sind Dank der hochgebenedeiten südländischen „Genügsamkeit“ zu immer niedrigeren Preisen zu haben! Neben Belgien ist Italien das gedrückteste Land des Kapitalisten, wo die Milch- und Honigströme des Mehrwerths uneingedämmt, in solcher Breite daherschluden, ohne sich, wie in anderen industriellen Ländern, um Maulwurfsbügel einer Arbeiterschutzgesetzgebung, herumwinden zu müssen. In Italien ist sogar das Kind rüchhaltslos der Industrie ausgeliefert. Mit dem mechanischen Werkzeug bewaffnet, treibt der italienische Kapitalist den Arbeiter durch die Arbeiterin, die Frau durch das Kind aus Fabrik und Werkstatte. Je mehr die Löhne sinken, um so unendlich länger dehnt sich der Arbeitstag aus. Der steigenden Produktivität steht das Steigen der feienden Stände, der Massenarmuth gegenüber. Die Arbeiterschaft ist mit tausenderlei Berufsfrankheiten, Lebensverkümmern und baldigem Aussterben gesegnet.

Der Kapitalismus pflanzt inmitten natürlicher Paradiese künstliche Höllen, wie sie Dante nicht schrecklicher schaute.

In einer Schwelgerei des Golfes von Spezia, in der malerischsten, fast einzig dastehenden Lage der Welt, da klopfen und hämmern die Silber- und Bleihüttenwerke von Perusola. Was haben sie aus einer Bevölkerung gemacht, welche den Malern und Bildhauern der Renaissance ihre unvergleichlichen Modelle lieferte? Schlotternde, gekrümmte, zum Skelett abgemagerte Gestalten mit verzerrten Zügen und grünlicher Gesichtsfarbe, von beständigen saturninischen Krämpfen gequält, sichere Opfer von Lähmungen. Für 1 Mark 15 Pf. pro Tag sind die Arbeiter dieser Hüttenwerke verurtheilt, sich täglich Zoll um Zoll vergiften zu lassen. Die Symptome der aus Silber- und Weisvergiftung bestehenden Berufsfrankheiten zeigen sich bei einzelnen Individuen bereits nach mehreren Wochen Arbeit in den Hüttenwerken, bei anderen nach Monaten, im günstigsten Falle nach ein bis zwei Jahren. Sämmtliche Arbeiter sind jung, denn das durchschnittliche Lebensalter beträgt 28 Jahre. Auch der stärkste Arbeiter kann nicht länger als fünf bis sechs Jahre in den Hüttenwerken aushalten, nach Ablauf dieser Zeit tritt entweder der Tod ein, oder der Mann ist für immer zu jeder Verrichtung unfähig.

Diesem industriellen Mord — wie soll man es anders nennen? — steht keinerlei Haftpflicht der Betriebsunternehmer gegenüber, weder das Opfer noch dessen Familie hat einen Anspruch auf Entschädigung.

Die industriell hoch entwickelte, reiche und blühende Lombardei ist mit Spinnereien, Webereien, Färbereien, Papier- und Tapetenfabriken überfüllt. Die Fabriken liegen meist an reizenden Wasserläufen, inmitten eines idyllischen landschaftlichen Rahmens, das Angenehme mit dem Nützlichen vereinend. Aber die von außen so anmuthenden Räumlichkeiten bergen ein der Mehrzahl nach aus Frauen und Kindern bestehendes Arbeiterheer, und diese Frauen und Kinder sind strotzlos, schwindmächtig, rheumatisch, gichtbrüchig. In den Färbereien z. B. arbeiten die Kinder oft bis an die Knöchel im Wasser stehend! Der Arbeitstag beträgt ohne Unterschied für das Alter der „Hände“ 17 Stunden, der Verdienst der Frauen schwankt dafür von 1 Mark bis 1 Mark 40 Pf., die Kinder verdienen 40 Pfennige!

Im Allgemeinen erhält der Arbeiter in ganz Italien einen buchstäblich erbärmlichen Lohn. Der Verdienst eines Minenarbeiters beläuft sich auf 1 Mark bis 1 Mark 35 Pf. täglich, in den Eisen- und Kupferminen von 80 Pf. bis 1 Mark 45 Pf. In Süditalien fällt dieser Lohnsatz noch tiefer, um in den sizilischen Minen z. B. nur noch zirka 65 Pf. zu betragen. In den Salzwerken bei Venedig steht der Tagelohn auf 1 Mark 60 Pf. bis 2 Mark 40 Pf. In der metallurgischen Industrie sind die Lohnsätze durchschnittlich etwas höher, am besten sind die in Venedig, wo ein Gießer z. B. von 2 Mark 40 Pf. bis 5 Mark 60 Pf. verdienen kann, während er in Secco und Genua nur mit 2 Mark entlohnt wird. Der Durchschnittslohn eines Maurers schwankt zwischen 1 Mark 25 Pf. und 2 Mark 40 Pf., Zimmerleute und Schmiede verdienen von 2 Mark bis 2 Mark 40 Pf. Eine der wichtigsten italienischen Industrien, die Textilindustrie, zählt an Durchschnittslöhnen für den Mann 1 Mark bis 1 Mark 60 Pf., für die Frau 80 Pf. bis 1 M. und für das Kind 40 Pf. Im Allgemeinen stehen die Lohnsätze in Gewerben, welche sich der Kunst nähern, etwas höher, doch sind auch sie noch lächerlich niedrig genug und durchaus unzureichend, um dem Arbeiter eine gesunde, kräftige Nahrung und reinliche menschenwürdige Wohnung zu sichern.

Der katholische Nationalökonom Lavollé bemüht sich

zwar nachzuweisen, daß der italienische Arbeiter trotz der niedrigen Löhne der glücklichste Mensch auf Gottes Erdboden ist, „weil er keine Bedürfnisse hat und von Nichts lebt“, aber trotz alles Ziehens und Dehnens kann er nur ein sehr holpriges und fragwürdiges Budget über Einnahme und Ausgabe einer Arbeiterfamilie zu Stande bringen. Er veranschlagt nämlich die Ausgaben einer dreiköpfigen Arbeiterfamilie — der Mann ist Maurer — auf 1 Mark 80 Pf. für Nahrung, 27 1/2 Pf. für Wohnung und 27 1/2 Pf. für Kleidung pro Tag, also zusammen rund 2 Mark 40 Pf. Aber wie wir gesehen, ist 2 Mark 40 Pf. der höchste Lohn, den ein Maurer erhalten kann. Was thun, wenn der Mann nur zum Minimallohn Beschäftigung findet, wenn er, was die Regel, mehr als ein Kind hat, wenn vielleicht alte Eltern auf seine Unterstützung angewiesen sind, wenn Krankheit und Arbeitsstörungen sich einstellen? Im günstigsten Falle werden Frau und Kinder in die Fabriken gezwungen, und ist dies nicht möglich, so hängt der Arbeiter den Brotkorb höher und bezieht ein noch elenderes Hundeloh. Die Normallohn der Mailänder Maurer und Bauhandwerker besteht dem entsprechend aus Polenta (in Wasser gekochten dicken Brei aus Weizenmehl), zu der Brot, in seltenen Fällen ein durchsichtiges Scheibchen Käse oder schlechte Fische das Zugemüse bilden.

Die Entwicklung der Schuhmacherei.

(Zum Untergang des Kleingewerbes).

I. *)

Wer die Fortschritte in der modernen Technik, die rasche Anwendung jeder neuen Entdeckung und Erfindung mit Aufmerksamkeit verfolgt, der muß zur Einsicht kommen, daß die moderne Produktionsweise bald alle Gebiete gewerblicher Thätigkeit erfaßt haben wird, daß bald überall Tausende von Meistern von einzelnen Fabrikanten, Hunderttausende der verschiedensten Werkzeuge von wenigen Arbeitsmaschinen, und Zehntausende muskulöser Arme von Dampf, Elektrizität und einigen wenigen Weibern und Kindern, welche den Gang der Arbeitsmaschinen beaufsichtigen, abgelöst sein werden.

Daß die Schuhmacherei sich diesem Entwicklungsgange nicht entziehen kann, das liegt auf der Hand.

Schon die Erfindung der Nähmaschine hat eine gewaltige Umwälzung in der Schuhmacherei hervorgerufen, dazu kam die veränderte Form des Absatzes, das Magazinswesen, der Verkauf der Waaren statt direkt an die Kunden, durch kaufmännische Vermittelung.

Die Klagen unserer heimischen Zünftler, daß am Niedergange des Schuhmachergewerbes die Gewerbeordnung Schuld sei, spricht nicht nur für ihre vollständige Verstandlosigkeit des wirtschaftlichen Prozesses, den wir durchmachen, sondern auch für ihre Unkenntnis des vorliegenden Zahlenmaterials. Denn schon in dem Berichte der Wiener Handels- und Gewerbekommission über den Handel, die Industrie- und Verkehrsverhältnisse ihres Bezirkes während der Jahre 1854—56 (Wien, 1857) ist z. B. gesagt, daß von den in Wien bestehenden 2671 Schuhmachermeistern nur etwa 8—900 auf eigene Rechnung für Plagstunden, 80—100 für den Export arbeiten und der Rest mit Stückarbeit für die bedeutenderen Meister und Kapitale beschäftigt ist. Und in dem Berichte über die Jahre 1857—60 (Wien, 1861) heißt es zwar, daß die Schuhwaaren-Fabrikation für die Massenversorgung erst vor einigen Jahren begonnen habe, aber auch, daß sie sowohl für den inneren Konsum als für den Export große Erfolge erziele. Es wird dort ferner bemerkt, daß die großen Schuhwaaren-Etablissements bereits auch die Deckung eines nicht unbeträchtlichen Theiles des Bedarfs der Residenzbewohner an sich gerissen hätten, wodurch der Absatz des für den Lokalbedarf arbeitenden Kleingewerbes vermindert worden sei.

Natürlich hat mit den Fortschritten der Technik, mit der Proletarisierung großer Theile des Bürgertums, welches dadurch immer mehr auf billige Waaren angewiesen wurde, der Niedergang des Kleingewerbes zugenommen. Unzweifelhaft ist bewiesen, daß die Fortsetzung im Schuhmachergewerbe schon unter der Herrschaft der alten gewerberechtlichen Normen begonnen hat.

Im Jahre 1855, als Wien eine Bevölkerung von nur 430 000 Einwohnern hatte, zählte man 2239 Schuhmachermeister. 20 Jahre später, als die Bevölkerung außerordentlich stark zugenommen hatte, nur um 427 mehr, nämlich 2766. Von diesen Jahren an, kann trotz Steigen der Bevölkerung eine direkte Abnahme der Zahl der Schuhmachermeister konstatiert werden, man zählte im Jahre 1880 2604 und im Jahre 1887 2536 Schuhmachermeister. Gleichzeitig war freilich die Zahl der Meister in den Vororten gewachsen, daß diese aber nicht für Kunden arbeiteten, sondern nur „Stückmeister“ waren, ist Jedem, der die Verhältnisse im Schuhmachergewerbe kennt, vollständig bekannt. Während nun die Zahl der Meister und damit das Kleingewerbe in raschem Rückgange begriffen war, stieg die Zahl der Großbetriebe; man zählte im Jahre 1870 24 Großbetriebe mit 2738 Arbeitern, im Jahre 1880 32 Großbetriebe mit 3783 Arbeitern, es hatte demnach der Großbetrieb den Kleinbetrieb in dieser Zeit schon an Zahl der Arbeiter, natürlich noch mehr in Bezug auf die Produktionsmenge kolossal überflügelt.

Die 32 Fabrikanten produzierten sicherlich weit mehr als das Doppelte, als die sämtlichen Kleinmeister! Jedermann weiß nun, daß die Großproduktion, wenn sie einmal in einem Gewerbe festen Fuß gefaßt hat, sich immer rascher entwidelt, das Kleingewerbe immer mehr zurückdrängt und unaufhaltsam fortsetzt, bis sie fast die gesammte Waarenproduktion erfaßt hat.

Das Kleingewerbe führt daher heute im Schuhmachergewerbe denselben ausstehenden Kampf, den früher von der Großproduktion eroberte Gewerbe geführt haben. Es sucht durch Innungen und Befähigungsnachweis sich vor weiteren Angriffen zu verschützen, vergißt aber dabei ganz, daß die Großproduktion sich gar nicht bemüht, diese ebenso künstlichen wie schwachen Wälle irgendwie zu berechnen, sie führt ihren Kampf, ohne ihre Gegner hinter den lächerlichen Schutzwehren nur zu beachten, und hungert die Gegner einfach aus. Innerhalb ihrer Schutzwehren bekämpfen sich die Kleinmeister selbst und sind nur in einem einzigen, in der Ausbeutung der fremden Arbeitskraft, sie dehnen die Arbeitszeit unmaßig aus. Vierzehn und mehrstündige Arbeitszeit ist nichts Seltenes und sie zahlen für solche Leistungen den kläglichsten Wochenlohn, sie zwingen dabei ihre Arbeiter, in den Forderungen der Gesundheitslehre hohnsprechenden Arbeitsräumen, bei schlechter Belüftung und bei Mangel jeder Ventilation zu arbeiten; sie glauben der Konkurrenz, der vervollkommenen Maschinen die unbezahlte Arbeit ihrer Lehrlinge entgegenzusetzen zu können.

Ihre Bemühungen sind aber nutzlos, sie halten sich durch diese, die Arbeiterklasse tief schädigenden Bemühungen bestenfalls ein Paar Jährchen länger über Wasser, können es aber doch nicht verhindern, daß die übermächtige Konkurrenz sie in's Proletariat stürzt. Daß auf die Arbeiter im Schuhmachergewerbe der ungleiche Kampf zwischen Großkapital und kleingewerblicher Produktion auch seine Wirkungen ausübt, liegt auf der Hand. Wie die Wirkungen für die Arbeiter im Kleingewerbe sind, haben wir schon gezeigt, wir müssen nun die Wirkungen der großindustriellen Betriebsweise beleuchten. Vor Allem fällt das starke Wachsen der Frauenarbeit ins Auge. Während in der Wiener Schuhmacherzunft — d. h. im Kleingewerbe alten Stiles — im Jahre 1886 neben 5840 Gesellen nur 283 weibliche Arbeitskräfte, das heißt auf je 1000 Arbeiter nur 49 Weiber beschäftigt waren, kamen im Jahre 1870 in der Schuhwaaren-Großproduktion Wiens schon auf 2264 Arbeiter 474, das heißt auf 1000 Arbeiter 208 Arbeiterinnen, und im Jahre 1880 auf 2734 Arbeiter schon 1049 Arbeiterinnen, das heißt auf 1000 Arbeiter gar schon 384 Arbeiterinnen. Auch die Zahl der jugendlichen selbständigen Arbeiter ist im stetigen Steigen begriffen, denn bei der Leichtigkeit des Erlernens eines sehr stark arbeitsgetriebenen Gewerbes ist es schon Kindern möglich, in der Industrie thätig zu sein. Wohin das führen muß, bei weiterer Entwicklung der Großproduktion, zeigt England. Der englische Fabrikspektoren-Bericht pro 1884 führt ein Beispiel eines ganz selbständigen Sitzgestells von 13 1/2 Jahren an. In demselben Fabrikspektoren-Bericht findet sich auch die sehr richtige Bemerkung: „Der Schuhlicker dürfte bleiben, aber nicht der Schuhmacher.“

So sehen wir die Schuhmacherei denselben Verhältnissen entgegengehen, wie früher die hausindustrielle und kleingewerbliche Weberei und Spinnerei, wir sehen, daß die Zahl der Kleinmeister immer rascher abnimmt und in immer weniger Händen sich die Großproduktion konzentriert. Immer größer wird die Kluft zwischen den Großproduzenten und den Proletariern im Schuhmachergewerbe, nicht lange mehr wird es dauern und man wird kleingewerbliche Schuhmacher nur noch eben so vereinzelt finden, als kleingewerbliche Spinner! Und dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, daß schon heute Hunderte und Tausende von Kleinmeistern für die Großproduzenten arbeiten und eifrig mithelfen, den Boden, auf dem sie sitzen, zu unterminieren.

In einem zweiten Artikel werden wir an der Hand eines im Interesse der Zünftler verfaßten Buches eines Herrn Dr. Max Schoene über die Entwicklung der Schuhmacherei in Deutschland berichten.

Der Kampf gegen die Einwanderung in Amerika.

Die thörichtesten Maßregeln zur Beschränkung der Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika, welche die vom Repräsentantenhaus zur Untersuchung des Einwanderungswesens eingesetzte Kommission vorschlägt, können in dieser Session nicht mehr zur Annahme gelangen und es steht zu hoffen, daß dieselben in ihrer derzeitigen Form überhaupt nicht angenommen werden.

Nach diesen Vorschlägen soll jeder Einwanderer bei der Landung in Amerika eine Steuer von fünf Dollars (zwanzig Mark) zahlen, allein damit erhält er noch nicht das Recht zur Landung. Schon vorher muß er in seiner Heimath den dortigen Vertreter der Republik davon überzeugen, daß er, der Auswanderer, „nicht blödsinnig, irrsinnig oder gänzlich mittellos, kein Polygamist (Vielweiberei Treibender), Anarchist oder Sozialist und keines gemeinen Verbrechens wegen bestraft worden ist“.

Wenn er in Betreff dieser Fragen den amerikanischen Konsul zufriedengestellt hat, dann erhält er von letzterem ein Zeugniß, allein auch dieses sichert ihm noch nicht die Landung, denn die Einwanderungskommission könnte an ihm noch manches andere auszufragen haben. Arbeiter, welche auf Grund eines Kontraktes nach Amerika

kommen wollen, dürfen nicht landen. Jede Verletzung der Bestimmungen des Gesetzes wird bestraft.

Sehr bezeichnend für die Ansichten der Kommission ist der Mottoenbericht derselben. Darin heißt es, daß bisher viele Personen nach den Vereinigten Staaten gekommen seien, welche man nicht zu empfangen wünsche, daß jährlich Tausende von mittellosen Ausländern, Irren und Blödsinnigen landen, welche den verschiedenen Staaten zur Last fallen, und daß die Auswanderung vieler solcher Personen von den Behörden des Landes, woher sie kamen, unterstützt werde. Der Bericht bringt angebliche Belege dafür bei, daß sogar Verbrecher von ausländischen Behörden und von einem für diesen Zweck bestehenden Verein in Deutschland nach Amerika verschifft werden, und ferner, daß die Behörden Großbritanniens und der Schweiz an diesem Verfahren festhielten, selbst nachdem sie ersucht worden waren, davon abzustehen.

Der Bericht betont insbesondere, wie wenig wünschenswerth es sei, daß Anarchisten die Einwanderung in die Vereinigten Staaten gestattet werde, und sagt, es sei die Zeit erschienen, die Linie in der Einwanderung zu ziehen und „die guten von den schlechten Einwanderern abzusondern“. Die nach den Kohlenregionen kommenden Einwanderer werden ebenfalls als solche bezeichnet, deren Fehhaltung besonders wünschenswerth sei und zwar „wegen ihres niedrigen Bildungsgrades, ihres schmutzigen und lasterhaften Lebenswandels und ihrer Aergerniß gebenden Gewohnheiten“.

Die amerikanischen Sozialisten bekämpfen diese Art von Einwanderungspolitik natürlich auf das Schärfste.

Die Früchte der Kolonialpolitik

sind so bitter und ungesund, daß auch der verbissenste Lobredner der heutigen Regierung es nicht über sich gewinnen kann, sie heilsam oder gar schmachhaft zu finden.

Und es vergeht kein Tag, der den alten Hiobsposten nicht neue hinzufügt.

Von Afrika wollen wir heute nicht reden. Der Krach war dort wenige Wochen nach dem Ausbruch des durch den Uebermuth und die Ungechlichkeit unserer Schnapskulturträger hervorgerufenen Aufstandes der Eingeborenen ein so vollständiger, daß die Lage der Dinge sich dort nicht mehr wesentlich verschlechtern und verändern konnte. Genug — was in Jahrzehnten mühsamer Arbeit dort geschaffen worden war, ist zerstört, und es wird vieler Jahre bedürfen, ehe wir wieder so weit sind, als wir waren, ehe das Trugbild der Kolonialpolitik uns in die afrikanischen Fieberjümpfe gelockt hatte. Statt der Kultur förderlich zu sein, haben unsere Schnapskulturträger ihr unberechenbaren Schaden gethan — von dem üblen Ruf gar nicht zu reden, in welchen sie unser Vaterland gebracht haben.

Und doch ist, was in Afrika geschehen ist, nach manchen Richtungen hin für das Deutsche Reich nicht so schlimm, als die neueste Wendung der Dinge auf den samoanischen Südsee-Inseln.

An diese Inseln knüpfte bekanntlich zuerst die deutsche Kolonialpolitik an: das Deutsche Reich sollte vor sieben Jahren über die bankrotten oder doch dem Bankrott nahen Unternehmungen des Hauses Godefroy das Protektorat übernehmen, der Reichstag war aber damals so vernünftig seine Zustimmung zu verweigern und den gefährlichen Plan zum Scheitern zu bringen.

Die eingestanden 20 Millionen Mark, welche das Haus Godefroy oder dessen Gläubiger seitdem verloren haben, sind durch das patriotische Veto des Reichstags den deutschen Steuerzahlern erhalten worden.

Indes etwas Kolonialpolitik wurde trotzdem in Samoa getrieben, und als ersten Erfolg hatten wir kürzlich die schwere Niederlage zu verzeichnen, welche unsere Flottenmannschaft bei einem höchst überflüssigen Versuch der „Regelung samoanischer Streitigkeiten“ erlitten hat.

Diese Niederlage war aber nur die Vorläuferin einer Hiobspost von noch weit größerer Tragweite.

Unsere kolonialpolitischen Anläufe auf jenen Inseln, und namentlich auch die renommtisch-darwinistische Sprache unserer Reptilpresse, welche die samoanischen Inseln schon als deutsches Eigentum zu betrachten schien, haben die Aufmerksamkeit der Amerikaner auf sich gezogen und die Regierung der Vereinigten Staaten zu dem sehr ungewöhnlichen Schritt eines nachdrücklichen Protestes gegen etwaige Eingriffe in die amerikanische Einfluß- und Macht-sphäre veranlaßt.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika waren bisher das einzige freie Land, mit welchem die Beziehungen der deutschen Reichsregierung stets ungetrübt herzlich gewesen sind. Und die Freundschaft dieses Landes, das für acht Millionen Deutsche die zweite Heimath geworden ist, haben wir durch die Kolonialpolitik verloren.

Und was soll nun dem amerikanischen Protest gegenüber geschehen? Da der deutschen Regierung die Macht fehlt, einen Seekrieg gegen den amerikanischen Kolos zu führen, so würde ein mehr oder weniger bescheidener Rückzug angetreten werden müssen, und der militärischen Niederlage reiht sich eine schwere diplomatische Niederlage an.

Unter dem Eindruck des kolonialpolitischen Fiasco will die deutsche Reichsregierung für weitere Experimente in Afrika statt der anfangs geplanten viel höheren Summe von dem Reichstag bloß zwei Millionen Mark fordern.

Und das sind noch zwei Millionen Mark zu viel.

Mögen die deutschen Wähler während der bevorstehenden Debatten über die Kolonialpolitik ja ein scharfes Auge auf den Reichstag haben. Für jeden Groschen, den

*) Mit Benutzung eines demnächst in den Berner Vorlesungen „Deutschen Worten“ erscheinenden Artikels von Dr. Matzka über das Schuhmachergewerbe. Es ist dabei vorwiegend auf österreichische Verhältnisse Bezug genommen, doch trifft ja alles ebenso für Deutschland zu.

die Kartellparteien von Schwelpe des hart arbeitenden deutschen Volkes für das Phantom der Kolonialpolitik willigen, muß am Tage der nächsten Wahl Rechenschaft verlangt und scharfe Abrechnung gehalten werden.
(Leipziger „Wähler.“)

Aus dem Reichstage.

Berlin, 18. Januar. Bei Fortsetzung der Beratung des Post-Gesetzes bemängelt Baumbach die steigende Verwendung von Hilfsbeamten. Staatssekretär Stephan verspricht, mit der definitiven Anstellung der Unterbeamten in größerem Umfange fortzufahren. Von verschiedenen Seiten wird die ungenügende Befoldung der Hilfsbeamten hervorgehoben. Bei einem späteren Titel giebt Stephan eine ausführliche Uebersicht über die Ausdehnung des Telegraphen- und Telephonbetriebes. Bebel schlägt vor, innerhalb eines größeren Rahmens Briefe für fünf Pfennige zu befördern. Stephan widerspricht aus Staatsgründen. Baumbach beantragt, eine Petition betreffend eine Porto-Ermäßigung für Drucksachen der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Nach längerer Debatte wird unter Ablehnung dieses Antrages die Petition „zur Kenntnisnahme“ überlesen.

Beim Etat der Reichsdruckerei entsteht eine längere Debatte über die Konkurrenz, welche die Reichsdruckerei Privatunternehmungen macht. Der Etat wird genehmigt.

Berlin, 19. Januar. Bei der Position „Reichsamt des Innern“ wird eine Erhöhung um 14.000 M. zum Befoldungstitel „Staatssekretär“ verlangt. Sämmtliche Parteien, die in der Budget-Kommission ihre Vertretung haben, sind mit der Erhöhung einverstanden, vom Abgeordneten Bebel wird dieselbe bekämpft. Bei der Gelegenheit beantragt Bebel, die Fabrikinspektorenberichte wieder, wie früher, vollständig und nicht auszugsweise und in verballhorntem Zustande, wie dies seit einigen Jahren eingeführt wurde, herauszugeben. Da aber den Unternehmern und der Regierung das, was jetzt veröffentlicht wird, schon zu viel ist, wird der Antrag natürlich abgelehnt.

Eine sehr eingehende und lebhaft entwickelte Debatte entfaltete sich wegen der Lage der Fürther Quecksilber-Spiegelbeleg-Arbeiter. Bebel wies auf die in dem Buche von Dr. Schoenlanf niedergelegten Untersuchungsergebnisse hin und forderte die Befreiung der mördersischen Quecksilberbeleg. Von dem Abgeordneten für Fürth, v. Stauffenberg, wurden zwar die Thatsachen, die in dem Buche in gerader erschütternder Weise geschildert sind, zugegeben und der Fürther Kerze anerkennend gedacht, aber doch versucht, von „Uebertreibungen“ zu reden, auch behauptet, das Silberbeleg den Spiegel habe sich nicht bemerkt. Vom Staatssekretär v. Bötticher wurde mitgeteilt, daß zwischen dem Reichsamt des Innern und der bayerischen Regierung bereits die nötigen Verhandlungen im Gange seien, um durch Gesetz eine erhebliche Herabsetzung der Arbeitszeit der Quecksilberarbeiter herbeizuführen und die Zustände

in den Betrieben durch Vorschriften über die Raumverhältnisse und gründliche Ventilation der Arbeitslokale zu regeln.

Die Ausgaben für das Kapitel „Reichsversicherungs-Amt“ werden ohne Debatte genehmigt.

Montag, den 21. Januar. Die fortgesetzte Beratung des Etats des Reichsamts des Innern gab Veranlassung zu einer langen Debatte über die Behandlung der bei dem Bau des Nord-Ostseekanals beschäftigten Arbeiter. Von sozialdemokratischer Seite griff Abg. Singer namentlich die Bestimmung an, daß sozialdemokratische Arbeiter bei dem Kanalbau nicht verwendet werden sollten. Der Staatssekretär erwähnte darauf, daß diese Klausel auf Veranlassung des Reichsamts des Innern aufgehoben sei, nur „Agitation“ werde nicht gebildet.

Mittwoch, den 23. Januar. Der Reichstag berieth am Mittwoch über die Anträge auf Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit. Staatssekretär v. Boetticher erklärte sich Namens der verbündeten Regierungen gegen ein Vorgehen auf diesem Gebiet, weil einmal kein Bedürfnis (!) dazu vorläge, sodann aber auch der erstrebte Zweck durch gesetzliche Maßregeln nicht erreicht werde, und man schließlich nicht so weit in die Selbstbestimmung (!) der Arbeiter hineingreifen dürfe. Die Redner sämmtlicher Parteien bestritten die Berechtigung dieser Einwürfe, welche beweisen, daß die Regierung heute noch mangelhafter ist, als der Freisinn. Den Arbeiterstandpunkt vertrat in längerer Rede der Abg. Meister.

Der Berliner Geheimbundsprozess.

Ein umfangreicher Sozialistenprozess, welcher Dienstag und Mittwoch vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. begann, hatte so viel, zumeist dem Arbeiterstande angehöriges Publikum nach Moabit gelockt, daß der Zuschauerraum des großen Schwurgerichtssaales, in welchem die Verhandlung stattfand, bis auf den letzten Platz gefüllt war. Es hatten folgende neun Personen, die aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurden, auf der Anklagebank Platz zu nehmen:

Tischler Heinrich Lau, Schuhmacher R. Schubert, Tischler Adolf Stubn, Tapezierer Emil Kann, Arbeiter Paul Brunich, Maurer Friedrich Schulz, Tischler G. Brödenfeld, Tischler W. Langfeldt und Tischler Rud. Volkmann.

Nach der Anklage sollen sämtliche vorgenannte Personen einem Geheimbund zur Förderung verbotener sozialdemokratischer Zwecke angehört und in zwei Fällen ohne Genehmigung der Polizeibehörde eine politische Versammlung abgehalten haben.

Den Vorsitz führt Landgerichtsrath Braun, die Anklagebehörde vertritt der Staatsanwalt Doppermann, Verteidiger sämmtlicher Angeklagten ist der Rechtsanwalt Hugo Sachs.

Die der Anklage zu Grunde liegenden Thatsachen sind dieselben, wie in früheren Sozialisten-Prozessen, auch spiegelt die jetzige Verhandlung im Wesentlichen dasselbe Bild wieder, wie die früheren Verhandlungen.

Sämmtliche Angeklagte bestritten ihre Schuld, Lau und Schubert

sogar ihre Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei. Sie seien rein zufällig an einem Abend im Dautenberger'schen Lokale zusammengetroffen, und einer der Angeklagten meinte, daß es doch nichts Auffälliges sei, wenn in einem Arbeiterviertel, in dem über 3000 Stimmen auf einen sozialistischen Arbeiter entfielen, acht bis zehn Arbeiter in einem Lokale zusammenträfen, die Gesinnungsgenossen seien. Keiner der Angeklagten wollte den Zweck oder Inhalt der beschlagnahmten Bücher kennen, auch bestritten sie, daß sie unter sich einen geheimen Verkehr gepflogen.

Um diesen Nachweis zu führen, waren von der Anklagebehörde eine große Anzahl Beamte der politischen Polizei geladen worden, es tritt keine einzige Privatperson als Zeuge auf.

Da die Einzelheiten unserer Leser aus den Tageblättern bekannt sein werden, so fähren wir nur zusammenfassend folgendes an. Der Staatsanwalt Sach, plaidierte für Freisprechung der Angeklagten. Seitens des Gerichtshofes lautete das Urtheil gegen Lau, Kann und Volkmann auf je 4 Monate, gegen die übrigen Angeklagten auf je 3 Monate Gefängniß, gegen Langfeldt auf Freisprechung. Den Verurtheilten wurde je 1 Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet; der Antrag des Verteidigers auf Haftentlassung wurde vom Gerichtshofe abgelehnt, ebenso der Antrag auf Haftentlassung gegen Kaution.

Briefkasten.

Parteiengenosse. Aber wie können Sie nur annehmen daß sich der Artikel in Nr. 2 dieses Blattes irgendwie gegen den „Sozialdemokrat“ wende? Er knüpft einfach an Majestätsbeleidigungen an und erklärt, daß der Radikalismus damit gar nichts zu thun habe und ermahnt die Arbeiter, sich auch fernherin auf „Bedrohungen“ und „Geschimpfe“ gegen hochstehende Personen nicht einzulassen. Davon ist natürlich bei uns niemals die Rede gewesen, daß man nicht scharfe und schärfste Kritik gegen sie üben solle. Wir erwidern darum auch auf den — übrigens auf das freundschaftlichste gehaltenen — Londoner Artikel nichts, weil wir annehmen, daß die Redaktion, wenn ihr unsere Absicht bekannt gewesen wäre, Wort für Wort das Besagte unterschrieben haben würde.

Gheimspolizei. Das System der Detektiv-Agenturen verdammt seine Entstehung Americas bekanntem Gheimspolizisten, dem verstorbenen Allan Pinkerton. Schon im Jahre 1852 gründete er die seinen Namen führende Detektiv-Agentur, welche einen „Welt-ruf“ hat und von sehr kleinen Anfängen sich emporgearbeitet hat. Ueber 300 Leute sind in ihrem Dienste, sie streift ihre Flagmare nach allen Welttheilen aus und hat Agenturen in allen größeren Städten des Landes.

Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager, empfiehlt
E. Wilschke,
Junferstr. 1. Ecke d. Markgrafenstr.

Empfehle Freunden und Genossen
Mauschettknöpfe und Broschen
mit dem wohlgelungenen Porträt von Lassalle, Marx und Engels, Kravattennadeln und Chemisettknöpfe mit Lassalle, erstere auch mit Text (Einigkeit macht stark) passend für Arbeitervereine u. dgl. sowie alle Bijouteriewaaren. Aufträge werden prompt besorgt.
45]

Fr. Kullrich,
Broschwin b. Reichenberg i. Böhmen.

Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager von
C. Klein.
15. Ritterstraße 15.

Dafelbst Zahlstelle der Gürtler u. Bronceure (G. H. 80.)

Für Friedrichshagen

nimmt im Auftrage der Expedition Bestellungen auf die
„Berliner Volks-Tribüne“
entgegen und versichert pünktliche Zustellung
Oskar Schmidt, Lindenallee 12.

Für Zetel (Oldenburg)

nimmt Bestellungen auf die
„Berliner Volks-Tribüne“
im Auftrage der Expedition entgegen
Tischler Friedrich Eilers,
bei **Johann Prull.**

Für Schöneberg

nimmt Bestellungen auf die
„Berliner Volks-Tribüne“
entgegen
Franz Buchholz, Schöneberg,
Colonnenstr. 4, v. 2 Tr.

Kötzschenbroda b. Dresden.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ liefere ich für 50 Pf. monatlich frei in's Haus und sehr recht zahlreichen Bestellungen entgegen.
E. Lehmann,
43] Uferstraße 6.

Für Hamburg

nimmt Bestellungen auf die
„Berliner Volks-Tribüne“,
Neue Tischlerzeitung, Recht auf Arbeit, Hamburger Echo und andere Blätter entgegen, und besorgt pünktlich
Tischler S. C. Doose, 2. Jakobstr. 11, IV.,
und bei **Türschuck, Neustädter Neue Straße.**

Rixdorf.

Die Besorgung der
„Berliner Volks-Tribüne“,
pünktlich ins Haus, habe ich im Auftrage der Expedition für die Rixdorter Gegend übernommen. Recht zahlreichen Bestellungen entgegen-schend.

R. Niemetschek,
Rixdorf, Falkstr. 45.

Die seit 1877 bestehende, weitbekannte
Uhrenfabrik
von
Max Busse
157. Invaliden-Strasse 157,
neben der Markthalle,
verkauft jetzt **sämmtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.** Für jede Uhr wird reelle Garantie geleistet.
Grosse Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von
Gold-, Silber-, Granat- u. Korallenwaaren
zu **fabelhaft billigen Preisen.**
Spezialität: Ringe.
Reparaturen an Uhren und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt.

Bebel u. Liebknecht auf einem Bilde.
Preis 50 Pf. Wiederverkäufern Rabatt. Zu haben bei
H. Kohlhardt, Brandenburgstr. 56.

Für Chemnitz

nimmt Bestellungen auf die
„Berliner Volks-Tribüne“
entgegen.
E. Langer, Buchhandlung,
Chemnitz, Brühl u. Einicstr.-Ecke.

Für den
Westen Berlins und Umgegend
empfiehlt sich zur pünktlichen Lieferung der
„Berliner Volks-Tribüne“,
„Volksblatt“, sowie sämmtlicher Zeitungen, Zeitschriften und Journale,
Ferd. Kleinert, Golzstr. 4, Hof r. III.

Magdeburg.

Meinen werthen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß Herr **Wilhelm Meyer, Rt. Storchstr. Nr. 6, 1 Treppe**, von jetzt ab das Austragen der
„Berliner Volks-Tribüne“,
sowie sämmtlicher bestellter Arbeiterblätter besorgen wird. Auch ist derselbe gern bereit, Bestellungen auf alle in der Arbeiter-Literatur erscheinenden Bücher, Zeitschriften und Zeitungen entgegen zu nehmen und bitte ich, das mir geschenkte Vertrauen auch auf meinen Nachfolger zu übertragen.
Achtungsvoll
Carl Schodt.

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins.

Der Arbeitsnachweis
befindet sich Klosterstraße 98 im Lokale des Herrn Petersohn (Firma Pettig). Die Arbeitszuweisung ist unentgeltlich, auch an Nichtvereinsmitglieder und geschieht an Wochentagen von 7-9 Uhr Abends, Sonntags von 10 bis 12 Uhr Vormittags.

Bautzen.

Abonnements für die
„Berliner Volks-Tribüne“
übernimmt
John Schwabel, Kornmarkt 6.

Allgemeiner Metallarbeiter-Verein Berlins und der Umgegend.

Grosse Versammlung
Mittwoch, 30. Januar 1889, Abends 8 Uhr,
in B. Heinrich's großem Saal, Deuthstr. 20.
Tages-Ordnung:

1. Redigimischer Vortrag des Herrn Dr. Jaded.
 2. Aufnahme neuer Mitglieder.
 3. Verschiedenes. Fragelasten.
- Gäste haben Zutritt. Auch werden daselbst die Mitgliedsbücher bestimmt ausgegeben.
Um recht zahlreichen Besuch bitten
Der Vorstand.

Fachverein der Tapezirer Berlins.

Dienstag, 29. Januar, Abends 8 Uhr,
in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 75.
General-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Vierteljahrsbericht des Vorstandes.
 2. Interpellation Freiwald event. Wahl einer Berstätt-Kontrollkommission.
 3. Vereinsangelegenheiten und Fragelasten.
- Quittungsbuch legitimirt. Neue Mitglieder werden vor Beginn der Versammlung aufgenommen.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht freundlichst
Der Vorstand.

Oeffentliche Töpfer-Versammlung

Mittwoch, den 30. Januar,
Abends 5 Uhr,
im Schützenhaus, Einicstraße 5.
Tagesordnung:

1. Vorlage des ausgearbeiteten Tarifs der Tariffkommission.
2. Wahl eines Vertrauensmannes.
3. Das bisherige Ergebnis der Statistikaufnahme in unserem Gewerbe.

50] **Der Einberufer.**

Große öffentliche Versammlung

der
Cigarrensortierer u. Sortirerinnen Berlins.
Montag, d. 28. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,
bei Gnadt, Brannenstr. 38.
Tagesordnung:

1. Wie stellen sich die Cigarrensortierer und Sortirerinnen zur Gründung eines Lokalvereins.
- Referent: Herr Gumpel.
2. Verschiedenes.

Fachverein für Schlosser und Berufsgenossen.

Montag, den 28. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,
bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.
Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn M. Baginsky über „Kapital und Arbeit“. Diskussion.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Verschiedenes und Fragelasten.

Verein der Sattler und Fachgenossen.

Montag, den 28. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,
in **Gratweil's Bierhallen**, Kommandantenstraße 77-79.
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Th. Glocke über Gewerkschaftsorganisationen.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Gäste willkommen.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Der Arbeitsnachweis des Fachvereins für Schlosser und Berufsgenossen

befindet sich
für den Norden **Anklamerstr. 49, b. Nürnberg**
für den Süden **Dresdenerstr. 116, b. Wendt.**
Kontrolle Abends 8-10 Uhr, Sonntags von 9-11 Uhr Vormittags.

Arbeiter und Parteigenossen!

Tretet eifrig für die **weitere Verbreitung** dieses Blattes ein!

Bestellungen nehmen in Berlin alle Expeditoren entgegen. Am besten abonniert man bei den Expeditoren, welche zugleich die Tageszeitungen bringen.

Listen zum Sammeln von Abonnenten sowie Agitationsnummern jederzeit durch unsere Expedition, Oranienstraße 23, zu beziehen.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne.“
Berlin S. O., Oranienstr. 23.

[Nachdruck verboten.]

Froggy und sein Bruder.

Eine Geschichte.

Nach dem Englischen.

(Fortsetzung.)

V.

Während Froggy auf der Schwelle eines fremden Hauses schlief, erwartete Benny auf der Hühnersteige sitzend, die zu ihrer Wohnung führte, die Rückkunft des Bruders. Er sehnste sich, Froggy zu sehen und die wunderbaren Erlebnisse des Tages zu hören. Er träumte von einem Feuer, an dem er sich wärmen konnte, von einem warmen Nachtmahl, ja sogar noch von Geld, um Lichter, Holz, Hafermehl für den Brei und hundert andere Dinge zu kaufen, welche sie dringend gebrauchten, und deren sie seit langem beraubt waren.

Während Benny im Dunkeln auf der Stiege saß, kam die Nachbarin von unten, Frau Blunt, auf den Flur, um Holz zu holen. Zufällig schaute sie auf und bemerkte beim Schein ihrer Kerze einen kleinen Schatten. „Bist Du es, Benny, wo ist die Kage?“ frug sie. Benny wollte sich amüsieren und schrie: Miau, miau zur Antwort.

„Kleiner Schelm“, sagte die Nachbarin, „Du willst mich anführen! Ich weiß doch, daß Du es bist. Dein Bruder ist noch nicht nach Hause gekommen?“

„Nein, Frau Blunt“, sagte der Kleine, „aber er kann nicht mehr lange bleiben.“

„Hast Du kein Kerzenstümpfchen, Kleiner, um Dir Licht zu machen?“ fuhr die gute Frau fort.

„Nein, wir haben gar keins“, erwiderte das dünne Stimmchen durch die Dunkelheit. Froggy bringt gewiß eine Kerze mit.“

Frau Blunt trat in ihre Wohnung und kam nach einem Augenblick mit einem Lichtstümpfchen und etlichen Bündelchen heraus.

„Nimm, Kleiner“, sagte sie, „es wird schon reichen, bis Dein Bruder kommt.“

Benny dankte, tastete sich behutend die Stiege hinunter und nahm sein Geschenk in Empfang. Er war höchlichst zufrieden und überrascht. Frau Blunt hatte nicht die Gewohnheit, Geschenke zu machen. Sie hatte ein halbes Duzend Kinder, und ihr Mann war ein Trunkenbold. Die Ärmste plagte sich redlich, sie arbeitete als Aufwartefrau, sie ging Wäsche waschen und brachte doch nur mit knapper Mühe und Noth den Mietzins zusammen. Stets mit der Zahlung des Zinses im Rückstand und von Frau Ragbone mit Pfändung ihrer armseligen Möbel bedroht, konnte sie gegen die Brüder nicht freigebig sein, obgleich ihr dieselben das lebhafteste Mitleid einflößten. Sie kannte die Qualen der armen Kleinen, wie die aller übrigen Hausbewohner. Aber das Leiden der Kinder berührte sie am schmerzlichsten. Sie hatten keine Mutter mehr, die sie das Gute thun, das Böse vermeiden lehrte.

Und doch waren sie die Ehrlichkeit selbst! Nie hatte ihr auch nur ein Spahn vom kleinen Holzvorrath gefehlt, den sie auf dem Flur aufgeschichtet hatte. Und die Versuchung mußte doch Froggy nahe genug gelegen haben.

Benny blieb im Dunkeln sitzen, er wollte das Lichtstümpfchen für Froggy's Heimkunft aufsparen.

„Ich möchte wohl eine Kage sein“, dachte er vor sich hin. „Die Kagen sehen im Finstern, sie brauchen kein Licht, auch keine Kleider, sie kommen mit hübschen, warmen Pelzhöschchen und einem Pelzmantel auf die Welt. Ihre Kleider zerreißen nicht, und sie brauchen Frau Ragbone keinen Hauszins zu zahlen, wie wir! Ach, wenn ich doch eine Kage wäre, Froggy möchte gewiß auch gern eine Kage sein. . . . Wenn ich eine Kage wäre, so ließe ich mir den Schwanz abschneiden, damit mich Niemand daran zwicken kann. . . . Die Miez hat uns doch neulich einen schlimmen Streich gespielt! Aber ich habe sie nicht geschlagen, Froggy hat es verboten. . . .“

Das Knarren des Hausthors, das geöffnet wurde, unterbrach Benny in seinen Gedanken. Das mußte Froggy sein. Hastig stand der Kleine auf und zündete das Kerzenstümpfchen an, welches einen schwachen Schein auf die wackelige Stiege warf. Froggy stieg mühsam heraus.

„Wie langsam er geht“, dachte Benny mit freudigem

Herzklopfen, „wahrscheinlich trägt er Kohlen und Fleisch, das ist schwer.“

Endlich erschien Froggy am oberen Ende der Treppe. Aber kaum hatte Benny einen süchtigen Blick auf das Gesicht seines Bruders geworfen, so war es mit seiner Freude aus. Was bedeutete die zerrissene Jacke, das bleiche und tieftraurige Antlitz, das einem Greise zu gehören schien?

„Du hast Dich doch gar geschlagen, Froggy?“ frug der Kleine endlich ungeduldig.

„Und ob“, erwiderte Froggy, „mit Mac und zwei Anderen.“

Er ließ sich auf den Strohsack niedersinken und Benny bemerkte, daß zwei große Thränen über seine Wangen rollten. Das bekümmerte den Kleinen tief: es war so selten, Froggy weinen zu sehen! Er mußte sehr unglücklich sein, damit er sich dies gestattete.

„Weine nicht, mein Froggy“, tröstete das Bübchen, mit einer sonderbaren Grimasse die eigenen Thränen zurückdrängend. „Armer Froggy! . . . Du hattest wohl einen schlechten Tag, sag? Hast Du nicht Kapriolen gemacht, wie Mac wollte? . . . Warum hat er Dich geschlagen? . . . und die Andern auch, sag, Froggy?“

„Weil ich nicht mit ihnen stehlen wollte“, antwortete Froggy. „Mac und seine Freunde sind Diebe. Ich habe es selbst gesehen, und weil ich das gestohlene Geld nicht wollte, so sind sie über mich hergefallen. Ich wollte mir das nicht gefallen lassen, so haben wir uns geschlagen. . . und sie haben mir die Jacke zerrissen.“ Froggy warf einen bedauernden Blick nach seiner Schulter, auf der das Hemd durch ein großes Loch schaute.

„Armer Froggy“, rief Benny mitleidig aus. „Nimm meine Jacke aus dem Kasten, sie ist mir doch zu groß, Du sagst immer, daß ich wie ein altes Männchen in ihr aussehe.“ Er brach in lautes Lachen aus, um Froggy aufzuheitern. Aber dieser starrte mit angsterfüllten Augen vor sich hin und sagte mit einem tiefen Seufzer:

„Ich pfeife auf die Jacke. Aber ich sehe schon ein, daß ich nie genug Geld für Dich verdienen kann. Wir müssen ins Warkhause (Arbeitshaus) gehen. . . . Du wirst sehen! . . .“

Froggy schlug die Hände vor das Gesicht und weinte bittere Thränen. Auch der Kleine konnte das Schluchzen beim Gedanken an dieses Warkhaus nicht unterdrücken. Alle Nachbarn sprachen von ihm mit dem Ausdruck der größten Furcht und des tiefsten Abscheus. Ins Arbeitshaus zu kommen erschien den Brüdern als das größte Unglück, als die schmachvollste Erniedrigung, die sie in ihrem elenden Dasein treffen konnte.

„Wir haben Niemand, der uns helfen könnte“, fuhr Froggy fort. . . . Wir haben keine Freunde. Wir können hier vor Hunger sterben. Was kümmern sich die Leute darum? . . . „Ich habe Dir zwei Brötchen gebracht“, fuhr er nach einer Pause fort, indem er dieselben dem Bruder reichte.

Benny ließ sich nicht überreden, beide Brötchen zu verspeisen, Froggy mußte ihm Gesellschaft leisten, und die Kinder aßen schweigend.

„Du hast die Königin gesehen?“ frug Benny, nachdem er sein Mahl beendet und die Krümchen der Maus gegeben hatte.

„Ach ja“, sagte Froggy, „und die Prinzessin und die rothen Kutscher. . . . Alles, alles. . . . Und Du hast mit Jack gespielt?“

„Nein, er wollte nicht“, erwiderte das Kind, „aber erzähle mir, wie sieht die Königin aus?“

„Oh, sie ist nicht etwa schön“, sagte Froggy, „aber sie sieht gutmüthig aus. Sie schien sich zu freuen, daß man so viel Hurrah schrie.“

„Trug sie die Krone auf dem Kopfe? forschte Benny weiter.

„Nein, einen schwarzen Sonntagshut. Sie sieht wie eine Großmutter aus. Ob sie wohl so stolz ist, an uns zu denken? Ach, wenn sie wüßte, wie hungrig wir sind. . . .“

„Weißt Du was, Froggy?“ rief der Kleine wie unter dem Einflusse einer plötzlichen Eingebung aus, wir schreiben an die Königin, um ihr es zu sagen.“

„Ach wer weiß, ob der Briefträger den Brief nimmt“, antwortete Froggy, bei dem bloßen Gedanken an einen so fähnen Plan erröthend.

„Gewiß, er nimmt ihn“, rief Benny bestimmt aus. „Wir packen ihn gut ein, schreiben „Buckingham Palais“ darauf, und daß er für die Königin ist.“

Nach kurzem Zaudern war auch Froggy für das Projekt gewonnen. Aus einer von den Eltern ererbten Holzkiste suchte er ein blaues Fläschchen hervor, das noch etliche Tintentropfen enthielt. Er fand auch eine alte Stahlfeder, Briefbogen und Kouvert, die vom langen Liegen ganz vergilbt waren. Nun wurden ein paar Tropfen Wasser zu der Tinte geschüttet, und es konnte an die dornenreiche Arbeit gehen. Die Brüder setzten sich auf den Erdboden, einander gegenüber, das Kerzenstümpfchen stand zwischen ihnen, und sie zerbrachen sich den Kopf, wie der Brief anzufangen sei. Es kostete Froggy viele Mühe, gewisse Worte zu schreiben, denn er hatte seine Orthographie etwas verschützt, seitdem er die Abendsschule nicht mehr besuchte, auch mußte er sich redlich plagen, um

gewisse Buchstaben zu malen. Aber endlich brachte er doch folgenden Brief zu Stande:

Liebe Frau Königin!

Wir sind zwei kleine Brüder, die in Shorebitsch wohnen. Wir haben kein Geld, und wir haben keine Eltern. Wir wohnen in einem miserablen Loch. Die Mutter ist gestorben, und der Vater ist gestorben, und Froggy (das bin ich) weiß nicht, wie er Brot für den kleinen Benny verdienen soll. Das ist nämlich mein Bruder. Man sagt, daß Sie eine gute Frau sind, und Sie sehen auch nicht böse aus. Ich habe nämlich Ihre Photographie gesehen, und ich habe Sie auch heute selbst gesehen mit dem Fräulein Prinzessin, als Sie in den Park fuhren. Sie lachten uns Alle an, als ob Sie uns Alle kannten und fragen wollten, wie wir uns denn mit den Kohlen und dem Holz einrichten, wo jetzt Alles so theuer ist. Benny und ich haben gar nichts mehr, und wir haben morgen nichts zu essen, und wir haben auch kein Geld. Ich fürchte mich so, ins Warkhaus zu gehen. Alle Leute meinen, daß es darin viel schlechter ist, als im Gefängniß. Wenn Sie nur Frau Blunt fragen wollen, so wird die Ihnen schon sagen, daß ich die Wahrheit schreibe. Es ist nämlich die Nachbarin unter uns.“

Hier brach der Brief jäh ab. Das Kerzenstümpfchen flackerte hin und her und drohte zu erlöschen, und das Schreiben mußte noch in das Kouvert gesteckt und adressirt werden.

„Froggy, glaubst Du, daß die Königin selbst zu uns kommen wird?“ frug Benny mit glänzenden Augen.

„Nein, ich denke, daß sie einen Bedienten schickt“, erwiderte Froggy, indem er sich alle Mühe gab, das Kouvert dadurch zu schließen, daß er mit der geballten, nicht eben reinen Faust kräftig darauf drückte.

„Das Kouvert klebt nicht“, setzte er nach einer Minute hinzu; wir müssen den Brief mit einem Stückchen Bindfaden zusammenbinden. Das sieht gerade nicht schön aus, aber das schadet nichts.“

Er zog einen verwirrten Knäuel von grobem und feinem Bindfaden aus der Tasche, suchte ein hübsches Stückchen aus, schlang es mehrmals um das Kouvert und knüpfte die Enden fest zusammen. Darauf schrieb er mit großen, steifen Buchstaben auf den Brief:

„An die Frau Königin, Buckingham Palais (Buckingham Palais).“

Das Schreiben war posifertig und Froggy trug es sofort in den Briefkasten.

Da in Frau Ragbone's Haus der Eingang nie geschlossen ward, brauchte Froggy nicht zu befürchten, aufgehoben und befragt zu werden. Er stürmte durch die dunklen, stillen Straßen, in denen nur der schwere, abgemessene Schritt des Polizisten wiederhallte oder das heisere Geschrei eines Trunkenen, der sich mit einem eingebildeten Feinde herumjochte. Froggy fand bald einen Briefkasten, dem er die wichtige Botschaft anvertraute. Er war voller Hoffnungen über den glücklichen Erfolg des Schreibens. Als er nach Hause kam, versperrte Mister Blunt den engen Gang zur Treppe. Er war betrunken heimgekehrt und suchte gegen seine Frau, die zitternd, im Hemde auf dem Treppenspur stand. Mit etlichen Schimpfreden begrüßte er Froggy, der sich im Vorüberdrücken sagte: „Wenn ich mich je verheirathe, so werde ich nie so mit meiner Frau reden.“

Die elende Manjarde lag im tiefen Dunkel, denn das Lichtstümpfchen war endlich unter Zischen und Flackern erloschen. Der Kleine Benny war bereits fest eingeschlafen und sah im Traume prachtvolle Paläste in rothen, mit Gold garnirten Wänden. Mit einer Botschaft und Geschenken der Königin beladen, kamen sie in das armselige Loch und brachten unter Anderem Froggy eine neue Jacke, die, wie unehörter Luxus, Schöthe und alle Knöpfe hatte! . . . (Fortsetzung folgt.)

Rentier Klinkmüller.

Ein Bild aus dem älteren Berlin.

Von Arthur Zapp.

Dreißig Jahre lang hatte er vom frühen Morgen bis zum späten Abend gearbeitet und gespart, um das Ziel zu erreichen, das ihm von allem Anfang an wie ein Ideal vorgezeichnet.

Dreißig Jahre lang war er des Morgens um fünf Uhr aufgestanden und des Abends um elf Uhr zu Bett gegangen, dreißig Jahre lang hatte er, unablässige Arbeit, die selten durch ein paar Stunden sonntäglicher Erholung unterbrochen wurde, neben Essen, Trinken, Schlafen und — Sparen seinen Lebensinhalt ausgemacht.

Bei alledem war seine Frau seine treue Gefährtin gewesen, welche ebenso früh aufstand wie er, welche die Hände ebenso geschäftig regte und die ihm beim Sparen nicht nachstand. Sie war vierundzwanzig Jahre alt, er nur ein Jahr älter, als sie heiratheten und in der Landsbergerstraße einen Dubiterkeller eröffneten. Der Verdienst war anfangs gering, denn die Kundenschaft mußte erst erworben werden. Aber das fleißige Ehepaar ließ sich keine Mühe verdrießen, vorwärts zu kommen. In der ganzen

Nachbarschaft war Klinkmüllers Geschäft des Morgens das erste, das geöffnet wurde. Dadurch allein erwarb man eine Anzahl neuer Kunden. Im Sommer bildeten die Maurer, welche von außerhalb nach Berlin auf Arbeit kamen, des Klinkmüller'schen Ehepaars beste Kundschaft. Es war ihrer ein volles Duzend, die bei dem Budiker logirten und ihr Abendbrot bei ihm einnahmen. Diese Leute machten nicht viel Ansprüche und wenn sie auch nicht viel Geld hatten, so konnte doch im Herbst immer ein ganz stattliches Sümmden auf die Sparkasse getragen werden. Für die Schlafstelle allein gaben die Maurer jede Woche zehn Silbergroschen und auch bei dem Abendbrot, das der Mann mit fünfzehn Pfennigen täglich bezahlte und das abwechselnd aus Pellkartoffeln mit Hering und Pellkartoffeln mit „Frieben“ bestand, blieb ein ganz annehmbarer Verdienst übrig.

Mit den Jahren wurden die Einnahmen noch größer und die Spargroschen noch reichlicher. Der Ruf der guten „Weifen“, welche Vater Klinkmüller schänkte und des guten Happens, den Mutter Klinkmüller vorsetzte, verbreitete sich in der ganzen Landsbergerstraße. Der Keller konnte schließlich die sich stetig vergrößernde Schaar der Gäste, besonders an den Sonnabenden und Sonntagen, nicht mehr fassen und Klinkmüller siedelte kurz entschlossen nach dem gegenüberliegenden Hause über, in dem er den Parterreladen gemietet hatte.

Die Ausgaben waren nun zwar wesentlich größer, um so mehr, als sich der Storch zweimal in dem unansehnlichen Budikerkeller eingestellt und den Klinkmüller's zuerst ein Knäblein, dann ein Mägdelein bescheert hatte, aber das Ehepaar wußte durch um so angestrigeltere Thätigkeit und knauserische Sparsamkeit das Plus der Haushaltungskosten mehr als einzubringen.

Das Sparen, anfangs eine Nothwendigkeit, war ihnen mit den Jahren zur zweiten Natur geworden. Sie sparten, weil es ihnen Vergnügen bereitete, weil sie ihrem ganzen Wesen nach nicht anders konnten. Das Sparen schien ihr Lebenszweck geworden zu sein. Sie sparten, wie sie athmeten, unwillkürlich. Das Sparen war von ihnen zu einer förmlichen Kunst ausgebildet, die sie ohne Unterlaß übten, täglich, stündlich.

Klinkmüller wußte immer die billigsten Quellen für seine Einkäufe zu finden und er ließ sich einen stundenlangen Weg nicht verdrücken, konnte er eine Waare ein paar Groschen billiger haben. Dienstpersonal hielt er nicht, alle Arbeit verrichtete er und seine Frau selbst. Er machte des Morgens den Laden rein, legte die Straße und bediente seine Gäste bis zum späten Abend selbst.

Den ganzen Tag über konnte man ihn in Hemdsärmeln, eine blaue Schürze vorgebunden und auf dem Kopfe ein schmieriges Käppchen, hinter dem Lacentisch erblicken. Auch in der Art, wie die Wirtschaft und der Haushalt geführt wurde, verrath sich der hochentwickelte Sparamkeitssinn des Klinkmüller'schen Ehepaars. Nichts gab es, woraus der Budiker nicht noch einen Krug zu ziehen verstanden hätte. Sogar die Kartoffelschalen, welche in ziemlichen Quantitäten sich täglich aufstapelten, mußten noch etwas einbringen, indem sie dem Milchmann gegen ein kleines Quantum Milch zum Viehfutter überlassen wurden. Nicht genug damit. Auch seine Gäste erzog Klinkmüller zur Sparsamkeit. Nichts konnte ihn mehr in Harnisch bringen, als nutzlose Verschwendung. Jeder Gegenstand, der Geld gekostet hatte, und war es auch noch so wenig, war ihm etwas Heiliges, das so sehr als möglich geschont werden mußte. Bis auf die Schwefelhölzer hinauf erstreckte sich seine ökonomische Schonung. Sobald am Abend die Lampen brannten, durfte kein Zündholz mehr verbraucht werden und den leichtsinnigen Gast, der in der Absicht, die Pfeife oder Zigarre anzuzünden, die Hand nach der Streichholzschachtel ausstreckte, packte er am Arme. Dafür gab es Fißibusse, die kosteten nichts.

Nachdem der Budiker etwa fünfzehn Jahre in dem Parterrelokal gearbeitet und gespart hatte, trat ein Ereigniß ein, das in dem Leben der Klinkmüller's einen wichtigen Abschnitt bezeichnete. Der Besitzer des Hauses starb und die Erben theilten dem erschreckenden Budiker mit, daß sie das ererbte Grundstück zu verkaufen wünschten.

Klinkmüller fühlte sich von tiefem Entsetzen ergriffen. Wenn man ihn nun ausmietet, oder der neue Besitzer irgend etwas anderes mit dem Laden im Sinne hätte? Würde er an einem anderen Plage dasselbe Glück, denselben Zuspruch haben wie hier? Wenn mit dem Lokal auch sein Geschäftsglück wechselte? Er und seine Gäste hatten sich an die alten räucherigen Wände so gewöhnt, daß der Gedanke an eine Veränderung Alle mit dem höchsten Unbehagen erfüllte. Er wußte, wie jäh der Berliner an seiner Stammkneipe festhält, wie ihn nur ganz außerordentliche Umstände veranlassen können, dem lieb gewordenen Stammtisch treulos zu werden. Hätten doch im Laufe der Jahre wohl ein Duzend Konkurrenten in der Nachbarschaft sich festzusetzen und ihm die Kunden abspenstig zu machen versucht. Aber einer nach dem andern hatte schon nach kurzer Zeit den Kampf aufgegeben; neben ihm hatte Niemand aufkommen können. Wenn es nun einem seiner Konkurrenten auf irgend eine Weise gelang, ihn bei dem neuen Besitzer auszustechen, was würde dann aus seinem Geschäft werden? In der Nähe würde er kaum ein passendes Lokal finden. Er könnte dann irgend wo anders hingehen und noch einmal von vorn anfangen. Die Zeiten aber hatten sich inzwischen geändert, der geschäftliche Wettbewerb war ein schärferer geworden. Wenn er mit einem neuen Geschäft Unglück hatte, wenn er genöthigt war, das sauer Erworbene anzugreifen und vom Baaren zu leben?

Der Angstschweiß stieg dem Grübelnden auf die Stirn und ein heftiger Schauer ergriff ihn. Dieser Gedanke war für ihn so furchtbar, daß er den Budiker bis in den Grund seiner Seele erschütterte. Anstatt zu sparen, wie bisher, sollte er selbst an sein Kapital, seine Freude, seinen Stolz, die Hoffnung seiner alten Tage, Hand anlegen? Nimmermehr!

Während der ganzen Woche, welche auf die Mittheilung des beabsichtigten Hausverkaufes folgte, kam kein Lächeln auf seine Lippen, ging kein fröhliches Wort aus seinem Munde.

Am achten Tage hielt er des Abends nach Geschäftsschluß eine große Berathung mit seiner Frau ab, ohne die er weder im Großen noch im Kleinen etwas unternahm. Die Besprechung endete mit dem Beschluß, das Haus selbst zu kaufen. „Aber Mutter“, hatte der Budiker ängstlich eingewandt, als sie zuerst diese Idee zur Sprache gebracht, „det kann man nich so uff die leichte Achsel nehmen, bedenke die Sorgen! Wenn wir die Zinsen von die Hypothek mal nich prompt zahlen können!“

„Unfinn, Vater, wir werden sie ihr schon zahlen. A bischen de Ohren steif halten un et wird schon jehn.“ Das Haus wurde gekauft und Klinkmüller's hielten die Ohren steif und sparten und knauserten noch mehr als früher. Die Bezahlung der Hypothekenzinsen bereitete ihnen wenig Schwierigkeiten. Sie legten vielmehr wie früher jedes Jahr noch ein hübsches Sümmden bei Seite und lösten nach und nach die Hypotheken ab, bis auf einen kleinen Betrag, der zur ersten Stelle stehen blieb.

Die neue Würde als Hausbesitzer veranlaßte den Budiker nicht im Geringsten, in seiner Lebensweise etwas zu ändern. Den einzigen Luxus erlaubte er sich bei der Erziehung seines Sohnes, den er das Gymnasium besuchen ließ. Mit siebzehn Jahren trat der junge Klinkmüller, nachdem er das einjährige Zeugniß erhalten, als Lehrling in eine Eisenhandlung ein. Damit aber glaubte der Budiker seiner Vaterpflicht mehr als genügt zu haben. Von nun an mußte der junge Mann sich selbst erhalten und als er sich zehn Jahre später etablirte, stand ihm nichts, als was er sich selbst erspart hatte, zur Verfügung. Als er im ersten Jahre seinen Vater einmal bat, ihm ein paar tausend Thaler ins Geschäft zu geben, damit er eine sich ihm bietende günstige Gelegenheit zu größeren Einkäufen ausnutzen könne, da kam er bei dem vorsichtigen Alten schön an. Zu Spekulationen gebe er sein mühsam erworbenes Geld nicht her. Der Sohn möge warten, bis er selbst soviel zusammengepart habe, als er zur Ausdehnung seines Geschäftes benötige. Er denke, für seine Kinder genug gethan zu haben. Sein Vater habe ihm nicht einen rothen Heller gegeben. Aber nun habe es auch bei ihm „geschnapppt“. Wenn er einmal die Augen zugemacht haben werde, dann könne man mit seinem Gelde anfangen was man wolle, aber so lange er noch lebe, rüde er keinen Pfennig mehr heraus. Damit war die Angelegenheit ein für allemal erledigt und der Sohn wagte nicht weiter auf seiner Forderung zu bestehen.

(Schluß folgt.)

Nähmaschinenarbeit und Untergrabung der Gesundheit.

II.

(Schluß.)

Wenden wir uns — jährt Dr. Hensgen in seinem lehrreichen Vortrage fort — der Frage zu, welche Krankheitsformen speziell es sind, die wesentlich bei den Nähmaschinenarbeiterinnen zu Tage treten, so müssen wir in erster Linie hervorheben Störungen der Blutzirkulation.

Theoretisch betrachtet, liegt es ja ziemlich auf der Hand, daß bei 10—13 stündigem Sitzen pro Tag und namentlich in Folge der durch dauerndes Treten der Pedale nothwendig werdenden, fast ständigen Muskelzusammenziehung und -Anspannung der Unterextremitäten eine Behinderung der Zirkulation des Blutes mit Stodung desselben in gewissen Bezirken des körperlichen Ernährungsgebietes eintreten muß. Nun wird aber, wie die Erfahrung zeigt, auch die Bildung des Blutes in Folge einer dauernden Behinderung der normalen Bewegung eine mangelhafte; und so müssen wir auch demgemäß bei Nähmaschinenarbeiterinnen Erscheinungen mangelhafter Blutbildung, also Blutarmuth und Bleichsucht vorfinden. Erhebungen, die Dr. Hensgen seit 3 Jahren darüber anstellte, bestätigen dies in vollstem Maße.

Es ergab sich nun Folgendes. Die Menstruation war:

	regelmäßig	unregelmäßig	noch nicht erfolgt
I. im Alter von 14—16 Jahren	4	7	20
II. 16—18 „	19	36	36
III. 18—20 „	33	39	4
IV. 20—22 „	34	19	1
V. 22—24 „	11	11	—
VI. 24—30 „	17	7	—
VII. 30—35 „	3	1	—
	121	120	61

Die Zusammenstellung von I. hat nichts besonderes Auffallendes: in dem Alter von 14—16 Jahren ist die weibliche Entwicklung bei einer großen Zahl von Mädchen noch nicht bis zur Pubertät (geschlechtlichen Reife) vorgeschritten. Bedenkliche Folgen aber kann es mit sich bringen, wenn in dieser Zeitperiode der Entwicklung hemmende Momente einwirken, wie man als solche ein anhaltendes Sitzen und namentlich Treten auf der Nähmaschine bei häufigem Mangel von frischer Luft in überfüllten Fabrikräumen bezeichnen muß.

So dürfen wir uns kaum wundern, wenn die Zusammenstellung in II. und III. schon offenbar anormale, krankhafte Verhältnisse zeigt. Summiren wir II. und III., so ergibt sich, daß von 167 im Alter von 16 bis 20 Jahren stehenden Fabrikarbeiterinnen auf Nähmaschinen nur 52 eine völlig normale weibliche Entwicklung darboten, also kaum der dritte Theil sich gesund entwickelt zeigte.

Zu Zusammenstellung IV. und V. (also von 20 bis 24 Jahren) zeigen sich die Zahlen günstiger, so daß also im Alter von 20—24 Jahren durchschnittlich mehr als die Hälfte der Näherinnen normale körperliche Verhältnisse darbot. Es verdient indeß berücksichtigt zu werden, daß die letzteren relativ günstigen Zahlenverhältnisse zum Theil auch folgenden Umständen ihre Entstehung mit zu verdanken haben:

1. Hat in dieser Zeit schon eine Reihe von Arbeiterinnen, welche die schädlichen Einwirkungen der Maschinenarbeit längere Jahre ertragen hatte, die Fabrik verlassen und geheirathet.

2. Eine große Anzahl hat gemäß eigener besserer Erkenntniß oder auf ärztliche Empfehlung hin die Maschinen verlassen und sich entweder einer anderen Fabrikarbeit zugewandt, oder ist in häusliche Dienste getreten.

3. Muß zugestanden werden, daß ein gewisser, wenn auch kleiner Prozentsatz sich an die schädlichen Einflüsse der Nähmaschinenarbeit so gewöhnt, daß die Folgen weniger zu Tage treten.

Jedenfalls dürfte sich aus obiger Zusammenstellung ohne Zweifel ergeben, daß die anhaltende Thätigkeit auf der Nähmaschine besonders im jugendlichen Alter von 16—20 Jahren auf die für spätere Zeit, resp. für den Beruf als Frau so eminent wichtige geschlechtliche Entwicklung höchst ungünstig einwirkt.

Die angeführten statistischen Erhebungen legen die Schlussfolgerung überaus nahe, daß Blutarmuth und Bleichsucht häufige Krankheiten bei den Arbeiterinnen der Nähmaschinen sein müssen. Und in der That sind die Klagen derselben über permanente Müdigkeit und Abgeschlagenheit der Glieder, über Schwindel, Ohrensausen und Kopfschmerz, sowie Herzklopfen so alltäglich, daß fast die dritte ärztliche Verordnung in der Darreichung von Eisenpräparaten besteht. Auch zeigt die Erfahrung, daß kräftige, vollblütige Mädchen, wie sie in Dr. Hensgen's Wirkungskreise besonders aus dem benachbarten westfälischen Sauerlande zuwandern, nach 1—2jähriger Arbeit erblaffen und allmählich ihr früheres gesundes Aussehen einbüßen.

Mit der Blutarmuth komplizieren sich häufig bei den Arbeiterinnen Krankheiten des Magens. Sei es, daß deren Entstehung auf mangelhafte Blutbildung zu beziehen, oder als Folge der Zirkulationsstörung, veranlaßt durch Druck auf das Organ beim Sitzen und Vornüberbeugen des Oberkörpers, aufzufassen ist, sicher steht fest, daß der akute und chronische (zeitweilige und dauernde) Magenkatarrh eine auffallend häufige Krankheit bei den Maschinenarbeiterinnen ist, die gewöhnlich bei zeitweiligem oder dauerndem Verlassen der Arbeit eine Besserung erfährt.

In Zusammenhang mit dem chronischen Magenkatarrh steht das häufige Vorkommen von Blutungen des Magens in Folge von Geschwürsbildung desselben. Das sogenannte runde Magengeschwür, welches man ja überhaupt auch häufig bei Blutarmen antrifft, hat Dr. Hensgen sehr oft bei diesen Arbeiterinnen zu konstatiren Gelegenheit gehabt, so daß dasselbe wohl als Folgekrankheit der anhaltenden sitzenden Arbeitsthatigkeit aufzufassen ist.

Als Folge der Blutstodung kommen endlich sehr häufig Anschwellungen der unteren Extremitäten vor.

Es erübrigt noch, den Einfluß der Maschinenarbeit auf das Nervensystem zu schildern.

Eine gewisse, bis zur Hysterie gesteigerte Nervosität kann man bei den Arbeiterinnen der Nähmaschinen sehr häufig konstatiren. Es wirken hier auch wiederum die oben geschilderten Verhältnisse der mangelhaften Blutbildung und der Blutstodungen, welche gelegentlich auch das Nervensystem in einen krankhaften Zustand versetzen können, so daß die Affektionen des Nervensystems dann Folgezustände der ungenügenden Blutversorgung des Gehirns und Rückenmarks sind.

Bezüglich Erkrankungen der Athmungsorgane will Dr. Hensgen nicht behaupten, daß die Arbeiterinnen der Nähmaschine ernstlichen Störungen derselben in höherem Grade ausgesetzt wären, als die anderen Arbeiter der Textilbranche; namentlich kam er nicht zu der Ueberzeugung, daß dieselben häufiger an Lungentuberkulose erkrankten. „Meine ärztliche Erfahrung ging vielmehr dahin, daß ein Theil derselben der Schwindsucht leichter in späteren Jahren anheimfällt, wo sie die Fabrik verlassen und in den Ehestand getreten sind. Rasch aufeinander folgende Wochenbette verzehren dann häufig den ohnehin schon geschwächten Körper. Hierzu kommt weiter als ungünstiges Moment vielfach, daß bei dieser Art von Arbeiterinnen, die ihre Thätigkeit auf der Maschine in unserem Industriebezirke, wo eine bedeutende Hausindustrie sich entwickelt hat, häufig noch im eigenen Hause fortsetzen, das letztere selbst in hygienischer Beziehung höchst unvortheilhaft und womöglich noch ungünstiger sich gestaltet, als die Fabrik: Mangel an Reinlichkeit, fehlende Ventilation der oft ungesunden Wohnräume, ungewöhnlich zubereitete Nahrung, Sorge für eine große Kinderchaar sind schwächende Momente, die häufig der Tuberkulose (Lungenschwindsucht) den Boden vorbereiten.“

„Ich darf nicht unerwähnt lassen, daß bestimmte Erkrankungen der ersten Luftwege (nämlich die katarrhalische Angina (Luftröhrentzündung), der Rachenkatarrh und

der Nasenrachenkatarrh) so häufig bei Nähmaschinenarbeiterinnen der Wollbranche vorkommen, daß ich geneigt bin, sie als eine spezifische Erkrankung dieses Zweiges von Arbeiterinnen zu bezeichnen. Als Erklärung für die Tatsache der Häufigkeit des Vorkommens dieser Erkrankungen dürfte man sich vielleicht vorstellen, daß in vornübergebeugter Haltung des Kopfes bei der raschen Bewegung des bearbeiteten Gewebes auf der Nähmaschine aufwirbelnde kleinste Woll- oder Baumwollpartikelchen mit dem Luftstrom eingeathmet und auf dem ersten Wege der Atmungsorgane abgelagert werden. Hier, also im Nasenraum haften, reizen sie die Schleimhaut und erzeugen die oben genannten Krankheiten.“

Die Haltung des vielfach noch in der Entwicklung begriffenen Körpers der jungen Fabrikarbeiterinnen hat außer anderen Nachteilen auch die so häufig zu beobachtenden seitlichen Verbiegungen und Verkrümmungen der Wirbelsäule zur Folge. Wenn man die Anfängerinnen bei ihrer Maschinenarbeit beobachtet, so sieht man, daß sie häufig mit einem Arme sich auf die Maschine legen und mit gleichzeitiger Drehung des Oberkörpers die Schulter der anderen Seite tiefer stellen. Hieraus entsteht auf die Dauer eine Skoliose (Verkrümmung) der Brustwirbelsäule. Auch Blaschko beobachtete bei den Näherinnen der Nähmaschinen die Neigung zu Verkrümmungen der Wirbelsäule und spricht die Ansicht aus, daß es sich empfehle, nur Mädchen vom Beginn des vollendeten 16. Lebensjahres nach dem Eintritt der Regel bei der Nähmaschine zu beschäftigen, nachdem der Körper bereits seine volle Ausbildung erlangt hat.“

„Die Nähmaschine — meint Dr. Hensgen zum Schluß — gewiß eine der großartigsten Erfindungen der Neuzeit, hat im letzten Jahrzehnt eine staunenswerthe Ausdehnung gefunden und wird vielleicht in nächster Zeit noch weiteren Boden im Erwerbsleben erobern.“

„Wenn wir auf der einen Seite die Lichtseite dieser Erfindung hervorheben und den immensen Segen derselben anerkennen müssen, so darf uns dies doch nicht abhalten, auch die Schattenseiten hervorzuheben, die namentlich aus der übermäßigen Benutzung der Maschine für die Gesundheit der Arbeiterinnen entspringen. . . Die **Schädlichkeit der Maschine aber liegt vornehmlich in dem überanstrengenden Arbeiten an derselben.**“

„Es ist für Jeden einleuchtend, daß ein 10 bis 12stündiges Sitzen pro Tag auch ohne Muskelarbeit der Beine ermüdend wirkt, wie viel mehr noch ein solches mit anstrengender Muskelthätigkeit! Hierzu kommt noch, daß dieses Sitzen häufig geschieht in einem Fabriklokal, welches überfüllt mit Arbeiterinnen, eine durch ausgeathmete Luft, Gewebepartikel und Heißtaub verorbene Atmosphäre enthält und ungenügend ventilirt wird; zuweilen bei sehr stottem Fabrikbetriebe kommen dann noch Ueberstunden hinzu, so daß die Arbeiterin, wie ich aus Erfahrung weiß, von Morgens 6 bis Nachts 12 Uhr, allerdings mit Unterbrechung von 2 1/2 bis 3 Stunden Arbeitspausen, somit im ganzen **15 Stunden** an der Nähmaschine sitzt.“

„Sollen die Schädlichkeiten, wie sie die Maschinenarbeit im Gefolge haben kann, einigermaßen ausgeglichen werden, so wird es meiner Ansicht gemäß nöthig sein, öftere Arbeitspausen eintreten zu lassen und die Arbeiterin dazu anzuhalten, diese Pausen zu körperlicher Bewegung in freier Luft zu verwenden. Während dieser Periode könnte das Fabriklokal genügend gelüftet werden, und die auf körperliche Erholung verwendete Zeit würde nicht übel angebracht sein, so daß mit erfrishten Kräften sicher mehr geleistet werden könnte, wie bei geringer bemessenen Pausen. Wenn die männliche studierende Jugend nach jeder Stunde ein sogenanntes akademisches Viertel zur Erholung nöthig hat, nun warum sollte der weiblichen Jugend, welche angestrengt körperlich arbeiten muß, nach Verlauf von 2—2 1/2 Stunden nicht auch ein Viertel gegönnt werden dürfen!“

„Wem dieser Vergleich paradox klingen und meine Forderung übertrieben erscheinen sollte, dem möchte ich entgegen halten, was Bissler in dieser Frage der weiblichen industriellen Ueberbürdung, wie ich sie mit Recht bezeichnen darf, sagt: „Dagegen muß vom sanitären Standpunkte immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es für die Trägerinnen eines künftigen Geschlechtes durchaus unzutraglich ist, wenn sie in der Entwicklungsperiode oder in der letzten Zeit der Schwangerschaft derartigen Arbeiten ausgesetzt sind, welche die Athmung direkt oder indirekt beschränken oder durch Staub, Hitze u. benachteiligen und die Blutbildung hemmen, wie dies in vielen Zweigen der Textilindustrie, Hüttenarbeit u. unvermeidlich ist. — Aus den in der Entwicklung geschädigten Mädchen müssen elende Frauen werden, welche dann erbärmliche Kinder zur Welt bringen.“

„Destere Arbeitspausen, Bewegung im Freien, kürzere Arbeitszeit — Herr Dr. Hensgen hat gewiß Recht. Aber er bleibt uns die Antwort schuldig auf die Frage, wie sich die widerstandsunfähigen Arbeiterinnen diese nothwendigen Lebensbedingungen erkämpfen sollen gegen das Privatkapital, welches gerade durch die verlängerten Arbeitszeiten und die verfürzten Ruhepausen seine Gewinne steigert — wenn auch die Gesundheit seiner Sklavinnen dabei zusammenbricht.“

Hier hilft keine Heilkunde, hier hilft nur die Sozialpolitik und dieser sind leider die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen bisher noch immer ferngeblieben.“

Zentralisation oder lokale Organisation?

Seitens des Herrn Kehler ist uns nochmals das nachstehende Schreiben in dieser Frage zugegangen. Wir bringen es sehr gern zum Abdruck, erklären aber zugleich, daß wir in Zukunft uns auf eine Wiedergabe der Prekzissen beschränken werden, um so unsere Leser wenigstens auf dem Laufenden über das Für und Wider zu halten.

Um unsere eigene Stellung mit einigen Worten zu bezeichnen, so möchten wir vor allem bemerken, daß von beiden Theilen im Streite sehr viel übertrieben wird.

Zentralisirte Verbände können allerdings direkt, innerhalb der Organisation, für die sozialpolitische Aufklärung der Mitglieder nichts leisten, weil sonst die ganze Zentralisation — als eine Verbindung politischer Vereine — behördlich getrümmert werden würde. Zu einem guten Theil kann diese mangelnde politische Agitation aber durch eine tüchtige Gewerkschaftspresse, durch öffentliche Versammlungen ersetzt werden.

Ebenso kann die politische Thätigkeit der Lokalorganisationen, ihre starke Seite, recht reich dadurch unterbunden werden, daß ihnen die Behörden keine Versammlungen mehr gestatten und ihnen sonst Schwierigkeiten bereiten.

Andererseits sind freilich auch die Vorzüge der Zentralisationen bei Streiks u. s. f. ziemlich geringe, da mit den Mitteln unserer Zentralverbände nur Streiks ganz minimaler Art durchgeführt werden können, bei allen größeren Streiks aber die fremde Unterstützung der anderen Gewerke, der Nichtverbandsmitglieder herangezogen werden muß — genau wie bei den Lokalorganisationen.

Ebenso sind manche andere Vortheile jeder Organisation ziemlich illusorisch und andere Nachteile nicht nothwendig, so daß es uns gar nicht so einfach erscheint, zu einer Entscheidung zu kommen.

Wägen sie nun die einzelnen Gewerke treffen, wie sie wollen, jedenfalls handelt es sich hier durchaus nicht um Gegenfüße, bei denen es sich verlohnte, leidenschaftlich zu werden. Herr Kehler ist das in der „Vollst.“ nie geworden und wir möchten, indem wir die Diskussion an dieser Stelle schließen, nun auch die Freunde und Gegner der Kehler'schen Vorschläge bitten, das Gleiche zu thun. Die Redaktion der „V. S. Z.“

Der Gegenstand, warum der Streit geführt wird, ist ziemlich von allen meinen Gegnern richtig aufgefaßt worden.

Es ist selbstverständlich, daß ich, wenn ich gegen Zentralisationen schrieb, die zu bekämpfen sind, die Zentralverbände verstanden wissen will, die von einem gemeinsamen Vorstande geleitet sind und in den einzelnen Orten von diesem Zentralvorstande abhängige Zahlstellen, Ortsvereine, Filialen oder wie sie sich sonst nennen mögen, besitzen. Diese Abhängigkeit kommt vielleicht nicht überall in gleicher Art und in gleicher Schärfe zum Ausdruck, ist aber immer eine ziemlich enge und sichtbare, so daß auch dem Vereinsgesetz gegenüber dieselbe niemals fraglich gewesen ist.

Die dagegen von mir empfohlenen Organisationen legen ihren Schwerpunkt in die Fachvereine, welche miteinander — wo das Vereinsgesetz den Vereinen, die sich mit politischen oder öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, eine Verbindung nicht gestattet — gar keine Verbindung haben sollen; denn die Fachvereine werden von uns durchaus als Vereine gedacht, die — wenn auch mit Einschränkung — auf die das gewerkschaftliche Leben ganz nahe betreffenden Gebiete, doch ganz entschieden politische und besonders sozialpolitische Angelegenheiten erörtern sollen.

Daß Gewerke, die solche Fachvereinsorganisationen besitzen, außerdem sich eine irgendwie eingerichtete Zentralstelle schaffen, ist nicht ausgeschlossen und sehr gut angänglich, wie die Erfahrung es zeigt. Diese Zentralstelle sieht dann aber mit den Fachvereinen in keiner Verbindung, die den bestehenden Vereinsgesetzen widerspricht.

Diese „Zentralkommission“ kann verschiedene Aufgaben zu erfüllen haben, dieselben werden aber immer sich nur auf die Privatangelegenheiten der einzelnen Gewerkschaft beziehen dürfen.

Zur Besorgung der gewerkschaftlichen Privatangelegenheiten in den einzelnen Orten werden dann nach Bedarf und Geschmack Kommissionen oder Vertrauensmänner, dauernd oder für bestimmte Zwecke, eingesetzt, die, wenn es nothwendig ist, mit der allgemeinen Zentralkommission oder mit den ähnlichen Einrichtungen an anderen Orten in Verbindung treten dürfen, wenn sie sich sorgfältig jeder Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten und jeder Erörterung politischer Angelegenheiten enthalten haben.

Diese schon mehrfach in Wirksamkeit vorhandene, von den Verhältnissen geschaffene, nicht etwa von mir erfundene Organisation habe ich kurz mit dem Namen „lokale Organisation“ bezeichnet.

Ich bin da, wie gesagt, auch von allen Gegnern ganz richtig verstanden worden, nur einer*) hat die Frage dadurch etwas verwirrt, daß er sagt, die Organisation nach meinem Vorschlage wäre nichts anderes als eine zentralisirte Verbindung. Diese Behauptung ist schon in förmlicher Beziehung nicht richtig, wenn man nicht mit Begriffen spielt, sondern sich bei jedem Wort etwas festes und streng umgrenztes denkt. Wenn wir von einer „Verbindung“ sprechen, hier davon sprechen, wo es sich darum handelt, Organisationen gegen den Angriff auf Grund der Vereinsgesetze sicher zu stellen, müssen wir den Begriff auch immer so gebrauchen, wie er in den betreffenden Gesetzen verwendet wird. Nach dieser Begriffsbestimmung stellen die von mir vorgeschlagenen Einrichtungen eine „zentralisirte Verbindung“ nicht dar. Darauf kommt es bei unserer Verhandlung an. Ob nebenan noch eine, gesetzlich nicht fahbare Gedankenverbindung in der Organisation besteht, darauf kommt es nicht an. Ich leugne es nicht nur nicht, sondern ich lege darauf besonderen Werth, daß die von mir vorgeschlagene Organisation für die Fragen, auf welche es in der gewerkschaftlichen Bewegung hauptsächlich ankommt, die Fragen wegen Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, ein gemeinsames Handeln

der ganzen Gewerkschaft gestattet, und daß doch die sozialpolitische Agitation in der Gewerkschaft, die ich für unerlässlich nothwendig halte, nicht leidet.

Daß derselbe Gegner mir dann die Absicht unterlegt, Provinzial- oder Gauverbände bilden zu wollen, ist mir nicht verständlich geworden.

Sonst enthielt diese Auslassung nichts, was besonders erwähnt werden müßte.

Daß man die Reaktion dadurch bezwingen wird, daß man ihr Vereinigungen zum Auflösen durch die Polizei gründet, daran glaube ich freilich nicht. Ich stelle den Zweck der Organisation über die Form und wenn ich auch einen die Mehrheit einer Gewerkschaft umfassenden Zentralverein für die möglichst beste Organisation halte, so gebe ich den Kampf ganz sicher nicht auf, wenn mich die Erfahrung lehrt: eine solche Organisation ist unerreichbar, also muß eine andere gewählt werden. Die bestehenden schwachen Zentralisationen, die bei uns nur zu erreichen gewesen sind, sind im gewerkschaftlichen Kampf wertlos, im Sinne der sozialpolitischen Aufklärung hinderlich. Ich halte es für die Arbeiter also am erspriechlichsten und am besten, wenn sie solche Zentralvereine, aus welchen bei den bei uns bestehenden Verhältnissen nichts Gesehentes werden kann, nicht bilden.

Kampf und Verfolgung wird es auch für die anderen Vereine genug geben, sie werden da aber mehr leisten, weil sie stärker werden und sich den Umständen besser anpassen können.

Nun ist mir aber ein neuer Einwurf gemacht, der nothwendig berücksichtigt werden muß.

Der Londoner „Sozialdemokrat“ sagt, wie in voriger Nummer mitgeteilt ist:

„Aufgeben der Zentralisation heiße Aufgeben eines guten Rechtes der Arbeiter, statt eines frischen und fröhlichen Kampfes um das Recht.“

Träfe dieser Vorwurf zu, dann würde ich noch heut alles widerrufen, was ich in der Sache geschrieben habe; denn ich bin sicherlich nicht ein Mann des faulen Friedens.

Ich frage mich aber vergeblich: welches Recht soll aufgegeben sein, wenn wir statt einer unbrauchbaren Organisationsform eine brauchbarere wählen?

Um weiter nichts als um einen Wechsel in der Form handelt es sich. Nicht um Einstellung des Kampfes. Die Zentralisation hat sich, wo sie versucht ist, nicht bewährt, die andere Form der lokalen Organisation hat sich als verwendbarer, als praktischer zum Kampf bewiesen, deshalb empfehle ich sie.

Welchen Kampf meinen wir denn, wenn von gewerkschaftlichen Organisationen gesprochen wird? Da ist doch von keinem anderen die Rede, als von dem um günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Grund des § 152 der Reichsgewerbeordnung. Nun, wird der von den Töpfern, den Maurern, die solche lokale Organisationen haben, nicht ebenso frisch, ebenso mutbig und auch sicher ebenso erfolgreich geführt, als von den Schuhmachern, den Zimmerern, die sich Zentralverbände geschaffen haben? Wenn diese Gewerkschaften mit Zentralverbänden den Lohnkampf führen, spielen da die Verbände als solche eine irgendwie nennenswerthe Rolle, sind sie nicht wirklich, wie die „Deutsche Metallarbeiterzeitung“ sagte, nur verzierende Schnörkel dabei?

Was den Kampf um weitergehende Rechte anbetrifft, wird da eine aufgestärkte Gewerkschaft, die in ihren lokalen Fachvereinen sich einen in sozialpolitischen Fragen bewanderten Stamm ausgebildet, die ihre Führer gezwungen hat, sich diese Fragen vollkommen klar zu machen — schlechter bestehen, als eine Gewerkschaft, die ihre Ortsverbände ermahnt hat, sich ja von „aller Politik fern zu halten, sogar politisch hervorragende Männer auch nicht über unpolitische Sachen zum Vortrag zuzulassen, die die gewählten Vorstandsmitglieder für „Ortsverbände“ nicht bestätigt, weil sie politisch anrüchig sind?

Es thut das ja nicht alle Zentralverbände so offen, das weiß ich, aber alle müssen die politische Belehrung von ihren Verbandsvereinen ausschließen, weil sie sonst unrettbar der Auflösung verfallen. Wenn es sich also um Aufgeben von Rechten, um Aufgeben des Kampfes handelt, dann sind es nicht die lokalen Organisationen, die dieser Vorwurf treffen kann.

Die Arbeiter haben das Recht, zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sich zu vereinigen. Gut, sie thun es. Sie wählen aber eine Form dazu, die ihnen am meisten praktisch zum Ausüben dieses Rechtes erscheint. Welches Recht haben sie da aufgegeben?

Die Arbeiter haben das Recht, sich zu gesetzlich erlaubten Zwecken zu vereinigen. Gut, so gründen sie Fachvereine und suchen hier, anknüpfend an die gewerblichen Verhältnisse, die Arbeiter sozialpolitisch zu belehren, sie ernennen Lohnkommissionen aus den Gewerkschaften, um die Angelegenheit der Ausstände und der Regelung der Arbeitsbedingungen zu besorgen, sie setzen General-Kommissionen ein, um die gewerkschaftlichen Angelegenheiten der ganzen Gewerkschaft zu ordnen. Welches Recht ist da vergeben?

Nehmen wir ein Beispiel: Ich komme dürstend in ein Wirthshaus, finde da einen Freund und sage: Weißt du nicht, daß ich den Durst am besten, ich will eine Weißbier trinken. Er sagt: trink sie hier nicht. Sie ist hier ungenießbar, du wirst krank davon! — Ich bestelle mir ein Glas Bairisch. Habe ich da ein Recht vergeben? Ich habe zwar nicht das Getränk genommen, von dem ich weiß, daß es mir unter regelrechten Verhältnissen am dienlichsten gewesen wäre, sondern ein anderes, das fast dieselben Dienste thut, weil unter den tatsächlichen Verhältnissen dies klüger war.

Man wird mir also wohl genauer sagen müssen, welches Arbeiterrecht durch meinen Vorschlag verletzt sein soll, bis ich den Vorwurf als gerechtfertigt betrachte.
Gustav Kessler.

Politisches und Sozialpolitisches.

Die Vorlage wegen Erhöhung der Zivilliste des preussischen Königs von 12 1/2 auf 15 1/4 Millionen wird demnächst im Abgeordnetenhaus eingebracht und nach der ersten Beratung der Budgetkommission zur Vorprüfung überwiesen werden. — Die Eugen Richter'sche „Freisinn-Zeitung“ giebt bei diesem Anlaß folgende Uebersicht über die Einkünfte des preussischen Königs: Die Kronfideikommissrente umfaßt nicht das gesammte Einkommen der Krone, sondern nur diejenige Rente, welche aus den allgemeinen Staatseinkünften zum Unterhalte des königlichen Hauses zugesprochen wird. Außer dieser Kronfideikommissrente fließen die Einkünfte des königlichen Hauses noch aus einem umfassenden Besitz an Pacht-Gütern und Forsten und aus der Anlage von Effekten. — Die Kapitalanlagen Friedrich Wilhelms III. wurden 1840 auf 15 Mill. Mk. angegeben. Ueber die Kapitalrücklagen Wilhelms I. sind verschiedene Angaben verbreitet. Man beziffert dieselben auf etwa 20 Mill. Mk. — Die aus der allgemeinen Staatskasse gewährte Kronfideikommissrente wurde bekanntlich 1820 auf 7 719 296 Mk. festgesetzt. Durch Gesetz vom 30. April 1859 wurde dieser Betrag um 1 1/2 Mill. Mk. und durch Gesetz vom 27. Jan. 1868 um weitere 3 Mill. Mk. erhöht, so daß die Kronfideikommissrente sich gegenwärtig auf 12 219 296 Mk. beläuft.

Zum Reichswahlgesetz. Eine sehr bedenkliche Entscheidung hat die Wahlprüfungskommission des Reichstages getroffen in Bezug auf Auslegung des Wahlgesetzes aus Anlaß der Prüfung einer Nachwahl in dem Wahlkreise Schubin-Znowobraz. Dort hat der Schubiner Landrath diejenigen in die Wählerliste eingetragenen Wahlberechtigten von der Wahl ausgeschlossen, welche zur Zeit der Vornahme der Wahl nicht mehr in dem Wahlbezirk, wo sie abzustimmen haben, wohnen. Bisher hat bekanntlich bei den Wahlen, insbesondere bei allen Nachwahlen, die entgegengesetzte Praxis gegolten. Aber mit 8 gegen 5 Stimmen nahm die Kommission an, daß die Wählerliste bei den Wahlen nicht allein maßgebend sei, sondern derjenige, welcher sein Wahlrecht ausüben wolle, zur Zeit der Wahl (resp. Nachwahl) zugleich seinen Wohnsitz in dem betreffenden Wahlbezirk haben müsse. Es ist zu hoffen, daß das Plenum des Reichstages in anderer Weise entscheidet, andernfalls müssen namentlich in den städtischen Wahlkreisen die größten Unzuträglichkeiten entstehen. Man erwäge nur, daß beispielsweise in Berlin die Wählerlisten für die Reichstagswahlen im September ausgehellt werden, während die Wahlen selber erst Ende Oktober erfolgen. In der Zwischenzeit am 1. Oktober findet ein großer Umzug statt. Da ferner die alten Wählerlisten für die Dauer eines Jahres bei Nachwahlen Geltung behalten, so bringt die obige Auslegung bei Nachwahlen eine große Einschränkung für die Ausübung des Wahlrechts mit sich.

Verfassungsgemäß hat in diesem Jahre in Sachsen wiederum ein Drittel der Mitglieder der 2. Ständekammer auszuschneiden und die deshalb notwendig werdenden Landtagswahlen werden voraussichtlich im August zur Ausfertigung gelangen. Mit Berücksichtigung eines durch Tod erledigten Mandats macht sich bis jetzt die Neuwahl von 28 Abgeordneten erforderlich. Es handelt sich dabei um 17 Sitze der Konservativen, 3 der Nationalliberalen, 7 der Fortschrittlichen, 1 der sozialdemokratischen Partei; die Stadt Chemnitz hat in ihrem 2. Bezirke an Stelle des verfassungsmäßig auscheidenden Abgeordneten Schriftsteller v. Bollmar eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Bei den württembergischen Landtagswahlen wurden im Ganzen, dem „Beobachter“ zufolge, am 9. Januar, dem Wahltage, abgegeben: Für die Volkspartei 76 780 Stimmen, für die Sozialdemokratie 10 754 und für die vereinigten Regierungsparteien 164 348. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen hat sich gegenüber den letzten Landtagswahlen verdreifacht.

Die Schweizer Arbeiterschaft hatte bisher in dem „Arbeitertag“ und dem von ihm gewählten „Aktionskomitee“ eine korporative Vertretung gehabt, welcher über 50 Arbeitervereine sich unterstellt hatten. Das ist nun anders geworden: die Organisation des Arbeitertags hat sich in die Sozialdemokratische Partei der Schweiz umgewandelt, deren Exekutivorgan das in Bern domizillierte Parteikomitee ist. Als Leiter des letzteren fungirt Rechtsanwalt Steck in Bern, welcher bei der Arbeiterschaft der Schweiz als klug und prinzipienfest erprobt ist.

Scheimbund in Frankfurt a. M., 23. Januar. Seit geraumer Zeit wieder ein Sozialistenprozess! Das Publikum — ein anderartiges als das sonst auf der Gallerie gewohnt — hat sich zahlreich eingefunden. Auf die Anklagebank schreitet eine elend und kummervoll aussehende Gestalt mit wankenden Schritten, denn der Mann ist lahm und trägt das Gesicht verbunden. Es ist der 25 Jahre alte Schneider Georg Meier von Waldmünchen, wegen Landstreicherei und Bettels in seiner Jugend bestraft — offenbar als wandernder Handwerksbursche. Er ist angeklagt wegen Theilnahme an einer verbotenen geheimen Verbindung (§ 128 f des Sozialistengesetzes). (Vergl. die Korrespondenz in Nr. 50 der „Volkst.“) Obgleich die Privatzeugen abfolnt nichts gegen ihn auszusagen konnten, genügt die Aussage der Polizei, ihn zu 3 Monaten Gefängnis zu verurtheilen, unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft.

Ist die Aufbewahrung des „Sozialdemokrat“ strafbar? Das Reichsgericht hat diese Frage in der Strafsache des Drechslers Hermann Trümper zu Berlin bejaht. Der höchste deutsche Gerichtshof hat die von dem Genannten gegen das verurtheilende Erkenntnis des Berliner Landgerichts I eingelegte Revision verworfen, weil die Aufbewahrung als wissenschaftliche Hülfleistung und Theilnahme aufzufassen sei.

Sozialistengesetzliches. Die Reichskommission bestätigte das Verbot des von August Heine in Halberstadt zusammengestellten und von Fritz Herbert in Stargard gedruckten und verlegten Kalenders. — Verboten wurde auf Grund des Sozialistengesetzes durch die Regierung von Sachsen-Meiningen das kürzlich in Böhmeß verbreitete Flugblatt ohne Angabe eines Druckers oder Verfassers: „Die Fliegen und die Spinnen“, beginnend mit den Worten: „Ihr kennt es Alle“, und schließend mit den Worten: „So lernt denn, zu wollen!“

Wie christliche Staaten ihre Angestellten bezahlen. Bei einer Gerichtsverhandlung wegen Unterschlagung und unrichtiger Registerführung stellte sich am Montag vor einem Berliner Schwurgericht heraus, daß der Angeklagte als Briefträger in Birkenwerder täglich 1,35 Mark — schreibe: täglich eine Mark und fünfundsiebzig Pfennige — erhielt!

Auch der Papst bezieht eine nicht unwesentliche Einnahme aus der Schnapsbereitung. Die „Karthäuser“mönche in Frankreich, weltberühmt durch den Lugschnaps, den sie fabriquiren, senden jährlich 500 000 Franks Peterspfennig nach Rom. Beim Jubiläum Leo XIII. spendeten die Karthäuser ebenfalls 500 000 Franks.

Bereine und Versammlungen.

An die Arbeiter Berlins und Deutschlands. Die Lage der ausgeperrten Berliner Steinmeyer ist noch dieselbe. So entschieden wie bisher wird auch ferner das Aufgeben des Fachvereins von uns abgelehnt, in dem Bewußtsein, den Gewaltstreik der Meister durch mannhafte Entretten für unser gutes Recht, sowie durch thätkräftige Hilfe aller Klassenbewußten Arbeiter und Freunde, mit Erfolg begegnen zu können. Ihre Arbeiterfreundlichkeit beweist die Innung durch verführte Heranziehung auswärtiger Arbeitskräfte. Mögen uns alle Arbeiter, wohin auch dieser Aufruf dringt, darin unterstützen und uns den baldigen Sieg sichern, indem sie durch nöthige Aufklärung den Zugzug fern halten. Wir halten den Fachverein hoch und wollen ihn auch ferner mit Ausdauer und Energie verteidigen. Wir rechnen auch ferner auf Eure Unterstützung und sagen für die bisher geleistete Hilfe besten kameradschaftlichen Dank. Wie wir bisher in gleicher Nothlage befindliche Arbeiter unterstützt haben, so werden wir es auch ferner thun. Die Gemeinjamkeit der Interessen verbindet uns mit Euch, unser Ziel ist ein gleiches, reicht uns die helfende Bruderhand. Sendungen wolle man an Steinmeyer Herrn Joseph Jeske, Moabit, Melandihofstr. 5, Hof r. 1 gelangen lassen. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Zimmerleute Berlins und Umgegend. Streikkarten und Marken sind bei folgenden Kameraden in Empfang zu nehmen: Im Norden bei Leonhardt, Antonstr. 7 v. 4 Tr., Diez, Ruppinerstraße 13 v. 4 Tr. Im Osten bei Knäuper, Greifswalderstr. 29 v. 3 Tr., Jesche, Friedenstr. 103 v. part. Im Süden bei Zipe, Eisenbahnstr. 37 v. 4 Tr., Schmidt, Kaiserstr. 3, Haselberg, Reichensbergerstr. 138 v. 4 Tr., Schreiber, Giesenhofstr. 82 Hof 1. 4 Tr., Krefmer, Kreuzbergstr. 30 Seitenstr. 2 Tr. Im Westen bei Pausch, Courbierstr. 7 Hof part., Kaumann, Steinmeyerstr. 28 Hof 4 Tr., Ortland, Steglitzerstr. 79 Hof 1 Tr. In Moabit bei Stehr, Milnaderstr. 26 r. Seitenstr. 4 Tr. Ferner sind sämtliche Listen einzuliefern.

Aufruf an die Schlosser und Berufsge nossen Berlins. Kollegen! Ihr alle kennt die schlechte Lage unseres Gewerks, sehr, wie die Unternehmer täglich darnach streben, den großen Lohn immer mehr herabzudrücken, daß die Wohnungsmietten fast unerschwinglich sind und durch die indirekten Steuern ein großer Theil des Lohnes verloren geht. Ferner ist euch bekannt, daß alle Gewerkschaften darnach streben, ihre materielle Lage zu verbessern. Da ist es wohl an der Zeit, daß wir uns die Frage vorlegen, ob die Schlosser Berlins noch länger in beschaulicher Ruhe verharren, oder ob sie sich dem hier bestehenden Fachverein der Schlosser und Berufsge nossen anschließen wollen. Nach den obigen Ausführungen müssen wir die letzte Frage wohl entschieden bejahen; wir müssen darnach streben, eine Organisation zu schaffen, die im Stande ist, zu geeigneter Zeit den Kampf mit den Arbeitgebern aufnehmen zu können. Darum auf, Kollegen, organisiert euch, zeigt, daß ihr gewillt seid, für Verbesserung eurer Lage einzutreten. Die nächste Versammlung des Fachvereins findet am **Montag, den 28. d. M.,** bei Feuerstein, Alte Jakobstraße, statt und werden auch in nächster Zeit Wanderversammlungen abgehalten, die wir genügend bekannt machen werden. Sorgt deshalb dafür, daß wir groß und hart und somit auch aktionsfähig werden. Mit kollegialischem Gruß Der Vorstand.

Mit politischer Auflösung endete die Versammlung der „Freien Vereinigung der Berliner Schneider“, die am Montag Abend in Deigmüller's Salon tagte. Der Referent, Herr Gerisch, wies an der Hand eines umfangreichen und überaus drohlichen Zahlenmaterials nach, wie grundtief die von freihändlerischer Seite angeführte ökonomische Debatte sei, daß durch das Sinken der Rente allmählich ein Ausgleich zwischen Armen und Reichen im Sinne der Gerechtigkeit erfolgen würde. Mit großer Spannung verfolgte die gut besuchte Versammlung die streng wissenschaftlichen Ausführungen, die sich auf amtliche Zahlen aufbauten. Als der Referent bemerkte, daß im Gegensatz zu den Verbindungen der Kapitalisten (den Ringen) die Verbindungen der Arbeiter nur Ziele verfolgten, die auf Hebung des Gemeinwohles gerichtet seien, daß aber diese hohen und edlen Aufgaben nur unter Mühen und Kämpfen zu erreichen sein würden, daß aber trotzdem ein Jeder das Seine dazu beitragen könne — erfolgte in sehr barbarem Tone die Auflösung auf Grund des bekannten § 9 mit der Aufforderung, sofort den Saal zu verlassen. Die Versammlung war erst starr vor Staunen, dann leerte sich unter brausenden Hochrufen der Saal. Gegen die Auflösung wird Beschwerde erhoben werden.

Die Töpferlohnbewegung in Berlin. Nach dem neuen Lohnvertrag sind die Löhne für verschiedene Akkordearbeiten wesentlich erhöht worden. Arbeiten auf Kamme, alldentische Defen, Spülbecken, Wascherbe, diverse Zementarbeiten sollen im Tageslohn gearbeitet werden. Der Lohn für einen Seger soll 94 Pf. per Stunde betragen, bei achtstündiger Arbeitszeit also 7,50 M. per Tag. Unterbrechungen sind vorgesehen 1/2 Stunde Frühstück und 1 1/2 Stunde Mittagspause. In der Zeit von Oktober bis April wird nur von Eintritt der Tageshelle bis zur Dunkelheit, jedoch nie länger als 8 Stunden gearbeitet. Bei künstlichem Licht soll nicht gearbeitet werden, wenn nicht zwingende Gründe vorliegen. Die Bauten, in denen gearbeitet wird, müssen schon mit Fenster versehen sein; auch hat der Bauunternehmer einen verschließbaren Raum zu beschaffen, in dem die Kleidungsstücke aufbewahrt werden können. Ueberstunden und Sonntagsarbeit ist thunlichst zu vermeiden, im andern Falle muß die Stunde mit 1,88 M. bezahlt werden. Am Sonnabend (Volltag) wird um 4 Uhr Feierabend gemacht; der Unternehmer hat die Zeit, während der die Gefellen unthätigerweise auf Auszahlung des Lohnes warten müssen, zu bezahlen.

Eine öffentliche Versammlung des Allgemeinen Metallarbeitervereins Berlins und der Umgegend fand am Montag, den 21. Januar, in Rixdorf im Lokale des Herrn Hoffmann, Bergstraße 133, mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Etahn. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes und

Fragekasten, statt. Herr Klein theilte das erfreuliche Resultat mit, daß der Verein schon **weit über 700 Mitglieder** zählt, und forderte zu reger Agitation für denselben auf. Herr Ernst theilt mit, daß die Dreher der Fabrik Behne u. Komp., Puttkamerstraße 7, die Arbeit wegen erheblicher Lohnreduktion niedergelegt hätten, und warnt vor Jugug. Die Versammlung beschloß, eine Zahlstelle bei Hoffmann, Rixdorf, Bergstr. 133, einzurichten. Nachdem Herr Niebe noch einen lebhaften Appell an die Versammlung in Betreff der Agitation und Mitgliederzuführung gerichtet hatte, wurde die Versammlung um 11 1/2 Uhr geschlossen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfabriker hielt am 22. d. M. seine ordentliche Generalversammlung in Säger's Lokal, Grüner Weg 29, ab. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender Weiskopf, 2. Spies. 1. Kassierer Friedemann, 2. Michel. 1. Schriftführer Richter, 2. L. Schulz. Als Beisitzer Gen. Häfel, Seifert. Als Revisoren Kleinert, Biermann, Steffahn.

Gegen Zentralisation sprach sich am Mittwoch Abend mit allen gegen acht Stimmen eine öffentliche Versammlung der Berliner Sattler, Tischler, Riemer und Berufsge nossen aus. — In der **Fachvereinsversammlung** am Dienstag blieb die Sache noch unentschieden. Herr Abg. Meißner hatte das Referat übernommen. — Ein Zwischenfall konnte hier durch die Zeitungsberichte Mißverständnisse erregen, weshalb wir ihn kurz berühren. Der erste Redner in der Diskussion hatte Herrn Meißner scharf angegriffen, weil er gegen die „Volkstribüne“ aufgetreten sei. Herr Meißner erwiderte darauf nicht minder scharf und bestritt auch die Behauptung, daß er eine derartige öffentliche Besprechung der Angelegenheit entschieden mißbillige, um so mehr, als er sich bereits an die Reichstagsfraktion gewandt habe, um eine Einstellung aller gegen die „Tribüne“ gerichteten Feindseligkeiten zu erzielen.

Vereinigung der Drechsler Deutschlands. Am Montag, den 28. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, findet in Scheller's Salon, Inselstr. 10, eine allgemeine Versammlung der Berliner Ortsvereinigungen statt. Tagesordnung: 1. Diskussion über: „Unsere gewerkschaftliche Lage und die Beschlässe der Generalversammlung zu Magdeburg.“ 2. Wahl der Mitglieder des Ausschusses (Sitz „Berlin“). 3. Regelung des Arbeitsnachweises. 4. Verschiedenes. — Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste haben Zutritt. — Da die Tagesordnung für die Regelung unserer gewerkschaftlichen Interessen außerst wichtig ist, ersuchen wir alle Kollegen, Ramm für Ramm, in dieser Versammlung zu erscheinen.

— **Freie Vereinigung der Zuschneider, Vorrichter und Stepper.** Heute Sonnabend, den 26. d. M.: Alte Jakobstraße 83 bei Reiter: Vortrag des Herrn Krause: Die Lage unseres Gewerks.

— **Zimmerleute Berlins und Umgegend.** Sämtliche noch ausstehende Sammelisten sind bis Sonntag einzuliefern. Karten und Marken werden an die Blöcke verabsolgt.

— **Verein der Steinbauer Berlins.** Mitgliederversammlung am Sonntag, den 27. d. M., Vormittags 9 1/2 Uhr, bei Krüger, Gartenstr. 123. Wahl eines neuen Schriftführers.

— **Fachverein der Buchbinder und verwandten Berufsge nossen.** Versammlung am Montag, den 27. d. M., Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal, Louisenstädtisches Klubhaus, Amentstr. 16, 1. Tagesordnung: 1. Bericht über die statistische Aufnahme im Winterhalbjahr. 2. Anträge zum Verbandstag. 3. Stellungnahme zu der am 23. Januar stattgefundenen Versammlung der in der Lederbranche beschäftigten Arbeiter. 4. Verschiedenes und Fragekasten. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das pünktliche Erscheinen sämtlicher Mitglieder durchaus erforderlich.

— **Verband deutscher Zimmerleute.** Lokal-Verband Berlin Centrum. Versammlung am Dienstag, den 29. Januar, Abends 8 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße Nr. 72. Tagesordnung: 1. Vortrag über Gewerbe-Schiedsgerichte. 2. Besanftmachung des jetzt stattfindenden Versammlungstages. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen bittet der Vorstand.

Die **Kranken- und Begräbniskasse** des Vereins sämtlicher Berufsge nossen, Filiale Berlin I, hält am Sonnabend den 26. d. M., Abends 8 Uhr, Blumenstr. 78, Restaurant Wollschläger, eine Versammlung ab.

— **Krankengeld-Zuschuß- und Begräbniskasse** der Berliner Knopfabriker. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Rentant M. Bial, Wrangelstraße 43, vorn 2 Tr., wohnt und Mittags von 12 bis 1 Uhr und Abends von 8 bis 9 Uhr zu sprechen ist.

— **Freireligiöse Gemeinde, Rosenthalerstr. 88.** Sonntag den 27. d. M., Vormittags 10 Uhr, Vortrag des Herrn Dr. Böffel-Magdeburg über „Schöpfungsgeschichte nach der vergleichenden Mythologie“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“, Stuttgart, Verlag von J. G. W. Diez, ist soeben das erste Heft des 7. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des ersten Heftes heben wir hervor: Abhandlungen: Die Klassengegenstände von 1789. Zur hundertjährigen Gedächtnisfeier der großen Revolution. Von Karl Knauth. — „La Terre.“ Von Robert Schweidel. — Die sozialen Institutionen des alten Peru. — Die Verschwendung in der kapitalistischen Produktionsweise. — Die Kurlungen. Von Edward Aveling und Eleanor Marx-Aveling. — Die Fabrikinspektion in der Schweiz 1886 und 1887. Von August Bebel. — Die englische Fabrikinspektion. — Notizen: Unglück auf See. — Niegende Blumen. — Die Arbeitslosigkeit der Erwerbsfähigen im Staate Nassau 1886.

Soeben ist erschienen das 12. und 13. Heft von der „Französischen Revolution“. Vollständigste Darstellung der Ereignisse und Zustände in Frankreich von 1789—1804. Von Wilhelm Blos. Mit vielen Porträts und historischen Bildern. (Stuttgart, Diez.) Zu beziehen durch alle Expeditionen, pro Heft 20 Pfennig.

Vom „Volkstribüne“. Illustrierte Zeitschrift für Unterhaltung und Belehrung mit den Beilagen „Die Kunsthalle“ und „Der Hausarzt“ ist soeben das neueste Heft erschienen und ist der Inhalt wiederum ein sehr reichhaltiger.

Briefkasten.

Die Freunde unserer Zeitung ersuchen wir um gefällige Mittheilungen von Adressen aus ihren Bekanntenkreisen von solchen Berlinern (besonders auswärtigen) welche vorwiegend geneigt sind, auf die „Volkstribüne“ von jetzt ab zu abonniren. Nach Empfang der Adressen werden wir an die Betreffenden Probenummern unserer Zeitung absenden.

Gewerkschaft. Sowie die Arbeitervereine uns in genügendem Maße durch Inseriren unterstützen, werden wir alle Geschäfts-Annoncen zurückweisen. Augenblicklich können wir das noch nicht, aber regen Sie und Ihre Freunde die Sache in Ihren Vereinen an, dann werden wir in wenigen Wochen so weit sein. Lotterie-Annoncen und ähnliches haben wir jederzeit abgelehnt.

E. L. in Chemnitz. Wir konnten trotz unserer Bemühungen nichts darüber erfahren.

Expedition. F. in Greiz, Nov. u. Dez. 4,80 M. in Briefmarken erh. — E. L. in Augsburg, Kreuzband kostet pro Monat 0,60 M. Der eingeandete Betrag würde also für Februar, März bis Mitte April genügen.